vbb magazin

11

November 2016 • 55. Jahrgang

Der Bundeswehrbeamte

Zeitschrift des Verbandes der Beamten der Bundeswehr

60 Jahre

erfolgreiche Verbandspolitik für das Zivilpersonal in der Bundeswehr

Von den Anfängen bis in die heutige Zeit

Postvertriebsstück • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt"

Editorial

© dbb / Jan Brenner

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

wenn Sie heute die neueste Ausgabe des VBB-Magazins in Händen halten, wundern Sie sich vielleicht über das äußere Erscheinungsbild.

Wir haben das Deckblatt aus besonderem Anlass einmalig anders gestaltet.

In diesem Jahr feiert der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) unter Einschluss seiner beiden Vorläuferverbände, dessen „Rechtsnachfolger" der VBB ist, seinen 60. Geburtstag. Wir blicken auf 60 Jahre überaus erfolgreicher Verbandspolitik zurück. Das war für uns Grund genug, auch mit dem Inhalt diesem Jubiläum zu entsprechen und die von Ihnen sonst gewohnte Berichterstattung zu aktuellen Themen in die nächste Ausgabe zu legen. Sie finden folglich auf den ersten Seiten einen historischen Rückblick in die Gründerzeit mit den jeweils handelnden Personen ausführlicher dargestellt. Die letzten vier Dekaden sind mit Themen, Misserfolgen, aber natürlich auch Erfolgen der Verbandsarbeit dargestellt – sozusagen im Zeitraffer und ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Alles unterlegt mit Bildern aus der jeweiligen Zeit. Auf eine gesonderte Chronik haben wir verzichtet, da uns der zeitliche Abstand zur Chronik aus Anlass des 50-jährigen Bestehens zu kurz erschien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was am 20. Januar 1956 im Hotel „Bergischer Hof" in Bonn mit den Vorbereitungen zur Gründung des Verbandes der Beamten der Deutschen Wehrverwaltung (VBDW) seinen Anfang nahm und über die Gründung des Bundes der Beamten der Deutschen Bundeswehr im Deutschen Beamtenbund (später Bund der Beamten der Bundeswehr – BBB) am 14. Juli 1958 zur Fusion und dem Rechtsnachfolger, dem Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB), führte, kann aus heutiger Sicht mit Fug und Recht als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden.

Herausragende Persönlichkeiten wie der damalige Ministerialrat und spätere Ministerialdirektor und Hauptabteilungsleiter Administration, Ernst *Wirmer*, der Ministerialdirektor Volkmar *Hopf* (später Staatssekretär im BMVg und Präsident des Bundesrechnungshofes) für den VBDW oder Ministerialrat Heinrich *Frahm* für den BBB sind neben anderen, die prägenden Personen in den Gründer- und Aufbaujahren der Bundeswehr. Es ist in der Folge gerade Ernst Wirmer, der sich zusammen mit dem damaligen Ministerialrat und späteren CDU-Bundesvorsitzenden Rainer *Barzel* nachhaltig und mit Erfolg für eine zivile und eigenständige Wehrverwaltung eingesetzt hat. Auch ein Erfolgsmodell, in dessen Fahrwasser der VBDW, der BBB und später der Verband der Beamten der Bundeswehr sich zu der maßgeblichen Interessenvertretung für Beamtinnen und Beamte in der Bundeswehr entwickeln konnten. Und das in einer Institution, die

Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle des VBB. Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 0228.639960. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet**: www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** dbb, Fotolia, MEV. **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder können die Zeitschrift durch den Verlag beziehen. **Verlag:** dbb verlag gmbh. Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrissovergis, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. Anzeigentarif Nr. 57 (dbb magazin) und Nr. 41 (vbb magazin), gültig ab 1.10.2015. **Druckauflage:** dbb magazin: 597 469 (IVW 2/2016). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

ISSN 0521-7814

vbb

- Grußwort der Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. Ursula von der Leyen, MdB 5
- Grußwort des Bundesvorsitzenden des dbb beamtenbund und tarifunion, Herr Klaus Dauerstädt 6
- 1956 bis 1962 – Gründung und erste Anfänge 8
- 1962 bis 1965 – Aufbauphase 13
- 1965 bis 1969 – Zeitraum der Konsolidierung 14
- 1969 bis 1973 – Gesellschaftspolitischer Umbruch 15
- 1973 bis 1977 – Reformen 17
- 1977 bis 1981 – Enge der Haushalte 18
- 1981 bis 1985 – Politik und unsachliche Kritik 21
- 1985 bis 1989 – Zwischenbilanz über das bisher Erreichte 21
- 1989 bis 1993 – Wiederherstellung der Einheit Deutschlands 22
- 1993 bis 1997 – Abschied und Kontinuität 22
- 1997 bis 2001 – Neustrukturierung der Wehrverwaltung 24
- 2001 bis 2006 – Wandel und Herausforderung 24
- 2006 bis 2010 – Chancen nutzen – Zukunft gestalten 25
- 2010 bis 2014 – Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft Bewahren – Handeln – Gestalten 26
- 2014 bis 2016 – Zivilpersonal in der Bundeswehr – Licht und Schatten 29
- Ehrenvorsitzende und Ehrenmitglieder des VBB 30
- Blutspendetermine November/Dezember 2016 32

dbb

- Spitzengespräch im BMI 33
- Änderung der BLV: Praxisorientiertes Aufstiegsformat erwünscht 33
- Einkommensrunde 2017: Branchentage starten 34
- 60 Jahre dbb jugend 34
- Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes: Beamtenversorgung nachhaltig sichern 35
- Entgeltordnung Kommunen: Redaktionsverhandlungen beendet 35
- Frauenförderung 4.0: Diskriminierung keine Chance geben 37
- dbb akademie 38
- senioren 3. Seniorenpolitische Fachtagung 40
- service – Der Fall des Monats 42
- dbb vorsorgewerk 44
- online Öffentliche Sicherheits-Apps: Warnung mit System 46

durchaus gegen die Interessen vieler Soldaten etabliert wurde.

Während Ernst Wirmer bereits Anfang der fünfziger Jahre im sogenannten Amt Blank für eine strikte Trennung des Militärischen vom Verwaltungstechnischen eintrat, war es auf der anderen Seite im Besonderen der ehemalige Generalintendant der Deutschen Wehrmacht und spätere Präsident der Wehrbereichsverwaltung III, Gerhard *Loosch*, der sich für ein Intendantur-System mit Militärbeamten starkmachte. Rainer Barzel war es im Übrigen auch, der am 28. Oktober 1955 auf einen Beschluss des Bundesrates vom 19. Juni 1955 hinwies, dass „Soldaten ausschließlich in der Truppe verwendet ... und die Verwaltung zivilen Behörden anvertraut werde“. Und weiter: „Ich habe jedoch die Pflicht, darauf hinzuweisen, dass dies nach der Auffassung der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen ein fundamentaler Grundsatz ist und dass deshalb erwogen werden könnte, diesen Grundsatz im Grundgesetz selbst zu verankern.“ Und da sage mal einer, Geschichte wiederhole sich nicht. Am Rande sei erwähnt, dass es die Soldatinnen und Soldaten Ernst Wirmer zu danken haben, dass über einen entsprechenden Erlass die Koalitionsfreiheit für Soldaten anerkannt wurde, Dass dieser sogenannte Gewerkschaftserlass 1966 zum Rücktritt des damaligen Generalsinspekteurs Heinz *Trettner* führte, weil er sich übergangen fühlte, ist mehr als eine Randnotiz, ist sie doch der Abschluss einer bestehenden Rivalität zwischen den beiden handelnden Personen.

Wer sich, liebe Leserin und lieber Leser, ernsthaft mit dem Handeln unseres Verbandes auseinandersetzt und verstehen will, warum sich der Verband der Beamten der Bundeswehr über Generationen und mit den Vorsitzenden Ernst Wirmer, Herbert Frahm, Dr. Georg *Kreuzer*, Lothar *Beer* und Thorolf *Schulte* nicht nur mit den klassischen Verbandsthemen Besoldung, Planstellen, Bewertung von Dienstposten und der Durchlässigkeit zwischen den Laufbahngruppen auseinandersetzt, sondern sich stets aus der Geschichte heraus auch für den Bestand und in diesem Sinne der Weiterentwicklung der Institution Bundeswehrverwaltung und deren Verankerung im Grundgesetz eingesetzt hat, wird in diesem Heft hoffentlich einen Teil der Antwort finden.

Wer seine Vergangenheit vergisst, hat keine Zukunft. Oder um mit Joseph *Joubert* zu sprechen: „Wer für die Zukunft sorgen will, muss die Vergangenheit mit Ehrfurcht und die Gegenwart mit Misstrauen aufnehmen.“ Diesen Grundsätzen fühlt sich der Verband der Beamten der Bundeswehr gestern, heute und morgen verpflichtet.

Ich nehme die Gelegenheit wahr, um mich bei allen Mitgliedern des Verbandes der Beamten der Bundeswehr und seiner beiden Vorläuferverbände für ihre Treue zu bedanken. In diesen Dank schließe ich alle mit ein, die, auf welcher verbandlichen Ebene oder in welcher Funktion auch immer, Verantwortung in diesem Verband übernommen haben. Dazu gehören selbstverständlich auch alle ehemaligen und derzeitigen Mitarbeiterinnen der Bundesgeschäftsstelle, ohne deren engagiertes Mitwirken eine Organisation wie unser VBB nicht funktionieren kann.

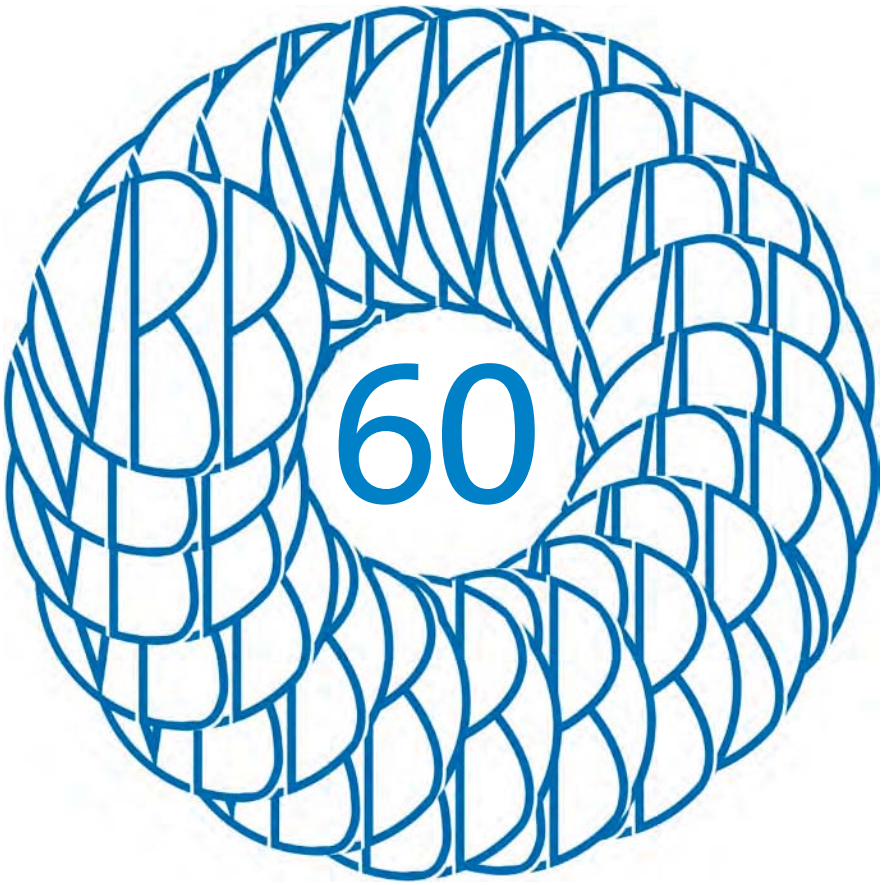
Ich hoffe, Sie haben beim Lesen genauso viel Freude, wie wir in der Bundesgeschäftsstelle beim Zusammenstellen der Texte und Bilder aus sechs Jahrzehnten.

Ad multos annos, VBB.

Herzlichst

Ihr

Wolfram Kamm



Grußwort der Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. Ursula von der Leyen, MdB

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Mitglieder des VBB,

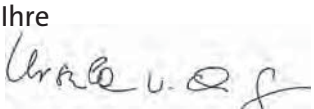
© Bundesregierung/Steffen Kugler

die Bundeswehr hat in den vergangenen sechs Jahrzehnten einen ständigen, oft auch tief greifenden Wandel erfahren. Stets aber hatte sie verlässliche Begleiter an ihrer Seite, die für Kontinuität stehen – treue Weggefährten wie den Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB). Der VBB ist in den 60 Jahren seines Bestehens immer ein kritischer, fairer und konstruktiver Partner gewesen, der sich gemeinsam mit dem Deutschen Beamtenbund nachhaltig für die berufspolitischen, sozialen und rechtlichen Belange seiner Mitglieder einsetzt.

Dieser enge Schulterschluss ist wichtig, um aktuelle und künftige Herausforderungen gemeinsam zu meistern. Die Bandbreite reicht vom demografischen Wandel bis hin zu einem hochdynamischen Sicherheitsumfeld, das die Bundeswehr vor wachsende Aufgaben stellt. Bei ihrem Auftrag stützen sich die Streitkräfte auf eine starke Verwaltung als „Rückgrat" – und damit ganz besonders auch auf leistungsfähige Beamtinnen und Beamte in allen Organisationsbereichen. Mit der Trendwende „Personal" haben wir hier die Weichen neu gestellt: Durch eine konsequente Einstellungsförderung setzen wir ein kraftvolles Signal, um die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber auch für Beamtinnen und Beamte zu positionieren.

Ich freue mich, dass wir den VBB bei diesem wichtigen Anliegen auf unserer Seite haben. Zu seinem 60-jährigen Bestehen gratuliere ich von Herzen, verbunden mit guten Wünschen für die Zukunft und einem großen Dank für sein Engagement zum Wohle der Menschen in unserer Bundeswehr.

Ihre



Dr. Ursula von der Leyen

Grußwort des Bundesvorsitzenden des dbb beamtenbund und tarifunion, Herr Klaus Dauerstädt

60 Jahre VBB – dieses Jubiläum ist natürlich auch mit 60 Jahren Bundeswehr in Deutschland verbunden: von der Armee im Kalten Krieg über die Armee der Einheit bis zur Armee im Einsatz mit ihren vielfältigen humanitären Aufgaben in der Krisenbewältigung und Konfliktverhütung.

Die Wehrverwaltung hat – wie die Bundeswehr insgesamt – in den vergangenen Jahren vielfache Herausforderungen durch neue und veränderte Aufgaben bewältigen müssen: von Strukturreformen und Aufgabenverlagerungen und Aufgabenzuwächsen sind – nicht zuletzt durch die Bewältigung der Flüchtlingssituation – viele Bundesbehörden betroffen.

Struktur- und Reformprozesse führen bei den Beschäftigten zu Verunsicherungen; dabei leisten die Kolleginnen und Kollegen einen großen Einsatz für die Belange der Bundeswehr. Umso wichtiger ist es, dass die Politik Prioritäten setzt: die Verwaltung ist nach ständigen Kürzungen und Wiederbesetzungssperren „auf Kante genäht“ – es gibt keine Reserven mehr.

Die Politik ist mehr denn je gefordert, für eine aufgabengerechte Personalausstattung zu sorgen. Der öffentliche Dienst benötigt Planungssicherheit und Verlässlichkeit als wesentliche Voraussetzung für seine Zukunftsfähigkeit. Die Entscheidungen der Politik, weitere Stellen bei der Bundeswehr zu genehmigen, sind ein erstes Zeichen, ob sie jedoch ausreichen werden, wird sich angesichts veränderter sicherheitspolitischer Rahmenbedingungen und verstärkter humanitärer Einsätze zeigen.

Zivile Beschäftigte wie Soldaten werden gleichermaßen mit dem spürbaren demografischen Wandel konfrontiert, der den öffentlichen Dienst insgesamt in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen stellen wird. Dafür sind bereits jetzt die richtigen personalpolitischen Weichen zu stellen.

Wenn es gelingen soll, genügend motivierten Nachwuchs zu gewinnen, müssen wir gemeinsam attraktive Arbeitsumfelder mit klaren beruflichen Perspektiven schaffen. Denn letztlich bedroht die verfehlte

© Marco Urban

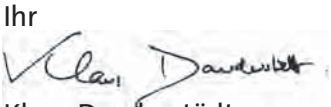
Personalpolitik der vergangenen Jahre mit ihren Kürzungen die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes und gefährdet innere wie äußere Sicherheit.

Als maßgebliche und mitgliederstarke Organisation innerhalb des dbb und als mitgliederstärkste Organisation für die Beamtinnen und Beamten in der Bundeswehr vertritt der VBB deren Interessen und ist in den vielen Fragen zur Verbesserung des dienstrechtlichen Rahmens gefordert.

Der dbb steht auch künftig als verlässlicher Ansprechpartner für alle Themen der Bundeswehr und der Wehrverwaltung an der Seite des VBB und wird ihn nach besten Kräften dabei unterstützen, seine berufspolitischen Forderungen durchzusetzen.

In diesem Sinne gratuliert der dbb herzlich zum 60-jährigen Jubiläum des VBB: Wir wünschen den Kolleginnen und Kollegen viel Erfolg und Tatkraft bei der Durchsetzung ihrer berufspolitischen Interessen!

Ihr



Klaus Dauderstädt

1956 bis 1962 – Gründung und erste Anfänge

Der Verband der Beamten der Bundeswehr entstand aus zwei Vorläuferverbänden:

1. Dem Verband der Beamten der Deutschen Wehrverwaltung e.V. (VDBW) im Allgemeinen Beamtenschutzbund (ABSB), gegründet am 20. Januar 1956 im Bonner Hotel „Bergischer Hof“.

Insgesamt acht Kollegen trafen sich an diesem Tag, um den Gründungsversuch einer Interessenvertretung für die Beamten der Bundeswehrverwaltung zu unternehmen, im Hotel „Bergischer Hof“ in Bonn. In Anwesenheit des Präsidenten des „Allgemeinen Beamtenschutzbundes – ABSB –“, Präsident a.D. *Gärtner*, wagte der damalige Regierungsoberinspektor Heinz *Gollenbeck*, der mit den Vorarbeiten beauftragt war, gemeinsam mit den Kollegen *Kohbarg*, *Paglasch*, *Möller*, *Stein*, *Hoppe* und *Link* diesen Versuch.

Mitglieder wurden geworben und am 4. Dezember 1956 in einer ersten Mitgliederversammlung eine Satzung beschlossen und ein Vorstand gewählt.

Erster Vorsitzender wurde der damalige Ministerialdirigent Ernst *Wirmer*, später Ministerialdirektor und Leiter der Hauptabteilung Administration im BMVg.

Zu Stellvertretern wurden die Kollegen Dr. Albert *Klas* und Hermann *Polle* gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder dieses Verbandes waren der spätere Staatssekretär im BMVg und Präsident des Bundesrechnungshofes, Volkmar *Hopf*, sowie die Kollegen Dr. *Jeß*, *Pätzold*, Gollenbeck, Stein und *Kröger*.

Mit der Verabschiedung der Satzung änderte der Verband seinen bisherigen Namen in „Verband der Beamten der Bundeswehrverwaltung (VBBV) im Allgemeinen Beamtenschutzbund“.

2. Dem Bund der Beamten der Deutschen Bundeswehr e.V. (BBBw) im Deutschen Beamtenbund, der sich am 13. Juli 1956 im Bonner Hotel „Zäske“ gründete, einer Gastwirtschaft nahe dem damaligen Sitz des Bundesministeriums der Verteidigung in der Ermekeilkaserne.

Insgesamt folgten der Einladung 31 Kollegen. Die Initiative ging aus vom damaligen Amtsrat Walter Reschke. Der dbb hatte seinen damaligen zweiten Vorsitzenden Alfred *Krause* als Geburtshelfer entsandt. Am 14. Juli 1958 gab sich der Verband in einer konstituierenden Sitzung eine Satzung und die erschienenen 42 Mitglieder wählten einen Vorstand. Erster Vorsitzender wurde der damalige Ministerialrat Heinrich *Frahm*. Der Vorstand komplettierte sich mit den Kollegen Walter *Reschke*, Heinz *Brandt*, Martin *Krinze*, Rudolf *Knorr*, Kurt *Marchand*, Leo *Breitter* sowie dem mit den Aufgaben eines Schriftführers betrauten Kollegen Regierungsoberinspektor Werner *Karrasch*. Der Verband gab sich nunmehr den Namen „Bund der Beamten der Bundeswehr im Deutschen Beamtenbund (BBBw)“.

Aus dem Umstand, dass zwei Beamtenverbände in einem Bundesressort mit nahezu demselben Programm und beide in der Spitzenorganisation vertreten waren, sich eher konkurrenzierend gegenüberstünden und damit den Interessen der Mitglieder zuwiderlaufen würden, reifte sehr schnell die Erkenntnis, dass nur ein einziger Verband die Schlagkraft hätte, sachgerechte Interessenvertretung in der Spitzenorganisation dbb und im Bereich der Bundeswehr zu betreiben.

© VBB Archiv (2)

Es war deshalb nur konsequent, den bestehenden Zustand zu beenden.

Am 21. Oktober 1960 lösten sich beide Verbände formal auf. Der Zusammenschluss erfolgte noch am selben Tage auf einer Gründungsversammlung im Veranstaltungshaus des Bonner Bürgervereins in Bonn, dem Domizil des späteren Bonner Stadttheaters, auf dessen Grundstück das heutige Hotel Bristol erbaut ist.

Unter der Präsidentenschaft des Kollegen Karl *Zirkel* (München) fassten die Delegierten folgenden Beschluss:

Beschluss

Die als Vertreter des Verbandes der Beamten der Bundeswehrverwaltung e. V. (VBBV) im Allgemeinen Beamtenschutzbund (ABSB) und des Bundes der Beamten der Bundeswehr e. V. (BBBw) im Deutschen Beamtenbund in Bonn versammelten Delegierten fassen folgenden Beschluss:

1. Nachdem sich der VBBV und der BBBw durch die Beschlüsse ihrer zuständigen Organe vom 21. Oktober 1960 aufgelöst haben, wird der „Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB)“ mit dem Sitz in Bonn gegründet.

2. Er gibt sich die beigefügte Satzung und Geschäftsordnung.

3. Über die Frage eines späteren Anschlusses des VBB an eine Spitzenorganistion wird nicht vor Ablauf von zwei Jahren vom Zeitpunkt seiner Gründung ab entschieden.

Ernst Wirmer, Gründungsvorsitzender des VDBW.

Dr. Albert Klas, stellvertretender Vorsitzender des VDBW, später dessen Vorsitzender.

Heinz Gollenbeck, Vorstandsmitglied des VDBW.

© VBB Archiv (4)

Volkmar Hopf, Vorstandsmitglied des VDBW.

4. Der erste Vorstand des VBB wird abweichend von der Satzung für ein Jahr gewählt. Frühestens einen Monat vor oder spätestens einen Monat nach Ablauf dieses Zeitraums ist ein Vertretertag nach § 8 der Satzung einzuberufen.

Der Vorstand des VBB setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender:
Oberregierungsrat Dr. *Kreuzer*, Bonn

Zwei stellvertretende Vorsitzende:
Regierungsoberamtmann *Angersbach*, Wiesbaden
Regierungsoberamtmann *Frost*, Hannover

Zwei Schriftführer:
Amtsrat *Hoppe*, Bonn
Regierungsamtmann Karrasch, Bonn

Schatzmeister:
Regierungsamtmann *Meyer*, Bonn

Drei weitere Vorstandsmitglieder:
Regierungsrat *Trottenberg*, Bonn
Amtsrat *Kröger*, Bonn
Regierungshauptsekretär *Semmler*, Bonn.

Der VBB war geboren.

Die „Geburtsurkunde" lieferte das Registergericht:
Beglaubigte Abschrift
Amtsgericht, Abt. 19
– 19 VR 1686 –
Bonn, den 24. Mai 1961

Eintragungsnachricht

In das Vereinsregister wurde heute unter der Nr. 1686 Folgendes eingetragen:

Spalte 1
(Nummer der Eintragung): 1

Spalte 2
(Name und Sitz des Vereins):
Verband der Beamten der Bundeswehr, Bonn
(Herwarthstraße 12)

Spalte 3 (Satzung):
Die Satzung ist am 21. Oktober 1960 errichtet. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und höchstens sechs weiteren Mitgliedern, darunter zwei Schriftführern und einem Schatzmeister. Der Vorsitzende und die beiden stellvertretenden Vorsitzenden bilden den Vorstand im Sinne des § 26 BGB. Zur gerichtlichen und außergerichtlichen Vertretung sind sie einzeln oder gemeinsam berechtigt, auch zur Abgabe rechtsgeschäftlicher Erklärungen (Bl. 16 d. Reg. A.).

Spalte 4 (Vorstand):
Dr. Georg Kreuzer, Ministerialrat, Beuel – Vorsitzender
Justus Angersbach, Regierungsoberamtmann, Wiesbaden –
stellvertretender Vorsitzender
Herbert Frost, Regierungsoberamtmann, Hannover – stellvertretender Vorsitzender
(Bl. 7 d. Reg. A.) gez. Oberdick, Justizangestellter
Auf Anordnung
gez. Schäfer, Justizangestellter

Damit hatten die inhaltsgleichen Bestrebungen beider Verbände, eine starke, einheitliche Standes- und Interessenvertretung der Bundeswehrbeamten zu schaffen, zum Ziel geführt.

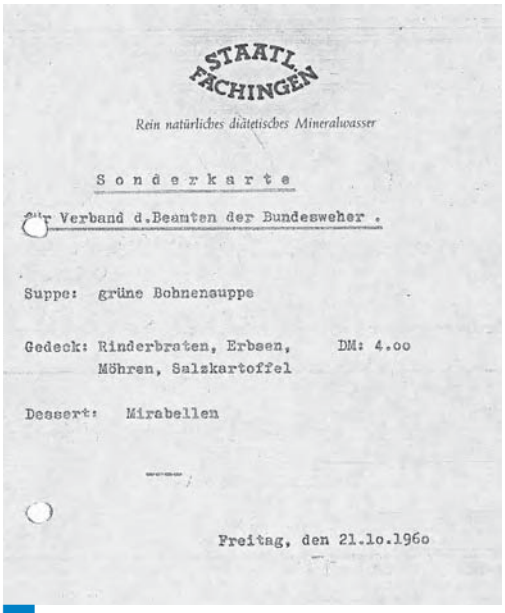
Seit diesem Zeitpunkt gaben sich die beiden vereinigten Verbände mit der Bezeichnung „Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) im Deutschen Beamtenbund" den bis heute gültigen Namen (2001 an die neue Schreibweise des dbb angepasst: Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) im dbb beamtenbund und tarifunion).

In Würdigung der Leistungen der Gründungsmitglieder und deshalb unter Einbeziehung der Gründerzeit feiert der VBB richtigerweise in diesem Jahre sein 50-jähriges Bestehen.

Die Vorsitzenden der beiden dann aufgelösten Verbände waren Ministerialdirigent Dr. Albert Klas (VBBV) und Ministerialdirigent Heinrich Frahm (BBBw), im Jahre 1966 zum Staatssekretär im Wirtschafts- und Verkehrsministerium des Landes Schleswig-Holstein berufen. Zum ersten Bundesvorsitzenden des VBB wurde am 21. Oktober 1960 Dr. Georg Kreuzer gewählt, der dieses Amt bis zum 10. Dezember 1964 bekleidete.

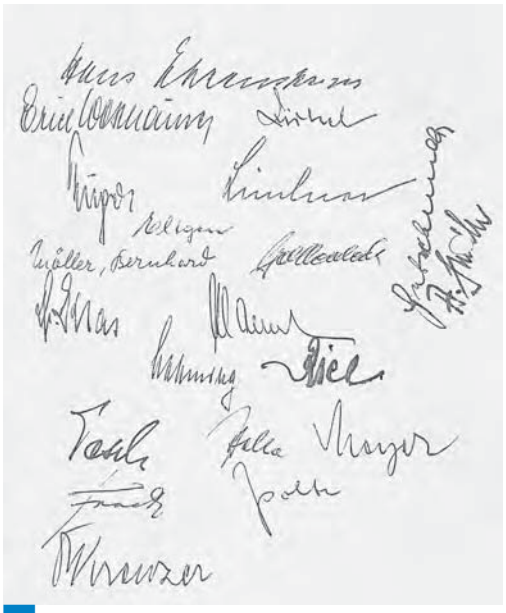
Erste beamtenpolitische Ziele

- Bekenntnis zu den bewährten Grundsätzen des Berufsbeamtentums.
- Erstreben des berufsständischen Zusammenschlusses der Beamten aller Laufbahnen im Bereich des Bundesministers der Verteidigung. Ein Spiegelbild der Aufgabenvielfalt, die von Beamtinnen und Beamten zu bewältigen



© VBB Archiv (4)

Ein besonderes Dokument – die Speisekarte am Tage der Gründung des VBB im „Bürgerhaus“, Bonn.



Auf der Rückseite der Speisekarte Unterschriften unter anderem der Kollegen: Dr. Klas, Dr. Kreuzer, Hans Ehrensperger, Erich Westhäuser, Heinz Gollenbeck, Gutschmidt, Karl Zirkel.

In Bonn, in der Herwarthstraße, wurde die Bundesgeschäftsstelle eingerichtet. Der VBB war damit in vollem Umfange für die Zukunft operativ funktionsfähig. Die Aufnahme in den dbb, der beamtenpolitischen Spitzenorganisation, wurde einstimmig auf dem Vertretertag 1962 beschlossen. Zum neuen Vorsitzenden wurde der bisherige Vorsitzende Dr. Georg Kreuzer gewählt.

Seine Stellvertreter wurden AR Werner Karrasch und ORR Wilhelm Trottenberg, ROI Georg *Arndt* blieb in bewährter Weise Schatzmeister des Verbandes.

Der sinnvolle Zusammenschluss der beiden Gründungsverbände zeigte in der Zusammenarbeit mit der Leitung des Ministeriums, der ein streitbarer und machtvoller Verband für die Interessen der Beamten in der Bundeswehr gegenüberstand, positive und erfolgreiche Auswirkungen; wie dies auch die Inanspruchnahme der Unterstützung durch den dbb allen Beteiligten erleichterte.

Zentrales Thema des Verbandstages war das vom Kabinett beschlossene und von der Bundesregierung ohne Anhörung der berufsständischen Spitzenorganisation eingebrachte Bundeswehrbeamtengesetz. Der Bundesvertretertag lehnte den Vorlageentwurf richtigerweise schon aus diesem verfahrensrechtlichen Grunde ab und beharrte zu Recht auf seinem verbandspolitischen Mitwirkungsrecht, für einen jungen Verband ein

sind, zeigen die differenzierten Laufbahnen. Neben dem nichttechnischen Dienst stehen die Beamtinnen und Beamten des technischen Dienstes mit ihren unterschiedlichen wehrtechnischen Fachrichtungen wie beispielsweise Maschinenbau, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Flugzeugbau sowie Bauingenieurwesen. Hinzu kommen die besonderen Fachrichtungen wie beispielsweise Fachschuldienst, Geophysikalischer Beratungsdienst, Medizinaldienst, Berufsförderungsdienst, Psychologischer Dienst, Sprachen- und Bibliotheksdienst.

Heinrich Frahm, Erster Vorsitzender des BBBw, und Dr. Georg Kreuzer, Erster Bundesvorsitzender des VBB (von links).

- Mitgliedschaft in einer berufsständischen Spitzenorganisation zur wirksamen Durchsetzung beamtenpolitischer Erfordernisse zur Weiterentwicklung des Berufsbeamtentums. Dies schließt zugleich die Vertretung und Förderung der fachlichen und sozialen Belange der Beamten der Bundeswehr mit ein.
- Vertretung der Besonderheiten der Bundeswehrverwaltung im Vergleich zu anderen zivilen Verwaltungen im dbb.

Zur Verdeutlichung seiner beamtenpolitischen Ziele, deren Realisierung sowie zur sachgerechten Information seiner Mitglieder schuf der Verband eine Informationsschrift mit der ersten Ausgabe und dem ersten Heft zum Juli 1962, die bis heute unter der Bezeichnung „Der Bundeswehrbeamte“ herausgegeben wird.

Die von den Gründern geborene Idee einer einheitlichen berufspolitischen Vertretung zeigte ihre zukunftsorientierte Richtigkeit darin, dass die Mitgliederzahl sich rapide nach oben entwickelte. Der Umstand, dass es anfangs zwei Verbände waren, trat innerhalb von zwei Jahren völlig in den Hintergrund, ein Zeichen auch für die Wirksamkeit einer erfolgreichen Verbandspolitik. Der II. Bundesvertretertag, das höchste Beschlussorgan des Verbandes, fand am 30. November 1962 statt. Der Verband verzeichnete zu diesem Termin bereits rund 6.000 Mitglieder. Die 82 Delegierten legten die beamtenpolitischen Leitlinien für die nächste Legislaturperiode fest.

Damit war der Start in das beamtenpolitische Leben erfolgreich bestanden.

wichtiger Merkposten. Mit der Erarbeitung sachgerechter Abänderungsvorschläge wurde eine Arbeitsgruppe beauftragt.

In der Bundeswehrverwaltung überschneiden sich zwei Sphären staatlicher Tätigkeit: Die Bundeswehrverwaltung ist Teil der „allgemeinen" Bundesverwaltung und dient zum Vollzug der Aufgaben des Personalwesens und der unmittelbaren Deckung des Sachbedarfs der Streitkräfte, wie es Art. 87 b GG bestimmt. Ein Teil dieser Verwaltung ist jedoch integrierter Teil der Bundeswehr (Truppe/Kommandostellen/militärische Schulen z. B.) und hat im Rahmen geltender Gesetze den Erfordernissen der Truppe im Frieden und im Einsatz zu entsprechen. Verwaltungsaufgaben, die die Truppe nicht selbst wahrnehmen kann, werden deshalb von diesem Teil der Bundeswehrverwaltung durchgeführt. Seit Gründung des Verbandes ist es eines seiner zentralen Anliegen, dass die sich aus diesen Besonderheiten der Wehrverwaltung ergebenden Probleme, wie beispielsweise Stellenpläne, Dienstpostenbewertungen, Laufbahn- und Stellenkegel der Beförderungsämter, Laufbahnwechsel und Aufstiegsfragen, angemessen berücksichtigt werden.

Am 31. Oktober 1962 verabschiedete das Kabinett einen veränderten Gesetzesentwurf und leitete diesen wegen des Sachzusammenhanges mit den zugleich zu verabschiedenden Gesetzen im Rahmen der Notstandsgesetzgebung dem zustimmungsverpflichteten Bundesrat zu. Das daraus folgende Gesetz verkürzte allerdings die beabsichtigten Regelungen ausschließlich auf den Verteidigungsfall (z. B. Uniformpflicht). Zu einer auch im Friedensbetrieb geltenden zeitgleichen doppelten Statuszugehörigkeit als Zeitsoldat unter Aufrechterhaltung des zugrunde liegenden Beamtenverhältnisses konnte sich der Gesetzgeber nicht entschließen. Deshalb machte der Verband die Integration der Beamten bei den Kommandobehörden und Truppen, ihre Laufbahnentwicklung und ihre Förderung sich seit dieser Zeit in besonderer Weise zu seiner Aufgabe.

Wesentliche Grundsätze

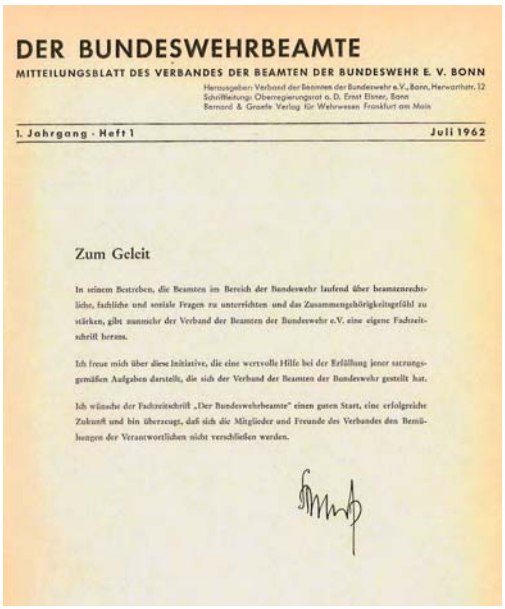
Wesentliche Grundsätze für verbandsspolitische Arbeit in der Öffentlichkeit und in Zusammenarbeit mit dem dbb wurden:

- Eintreten mit einer klaren Konzeption für ein starkes Berufsbeamtentum;
- Vertreten der Forderung zur Berücksichtigung der Besonderheiten im Aufgabenspektrum der Bundeswehrbeamten;
- Festlegung der Organisation des Verbandes mit der Gliederung in Bereiche und innerhalb dieser in Standortgruppen, dem eigentli-

Gespräch bei der CDU/CSU-Fraktion: VBB-Bundesvorsitzender Dr. Kreuzer, Bundesminister a.D. Strauß, stellv. Bundesvorsitzender Karrasch, MdB Wagner, stellv. VBB-Bundesvorsitzender Trottenberg (von links).

chen Kern des Verbandes. Ziel war, die unterschiedlichen Behörden und Dienststellen der Bundeswehr auf der Standortebene zur gemeinsamen Vertretung der Interessen zu bündeln;

- Herausgabe einer Verbandszeitschrift unter dem Namen „Der Bundeswehrbeamte“;
- Einsatz für eine Verbesserung der Ausstattung mit sachgerechten Stellenbewertungen in den Laufbahnen des einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienstes im Hinblick auf eine Angleichung mit den vergleichbaren Ausstattungen anderer Bundesbehörden. Ziel war die Beseitigung der durch den späten Aufbau dieser Verwaltung entstandenen erheblichen Benachteiligungen in diesem Sektor;
- Erfolgreiche Einführung eines neuen Spitzenamtes im einfachen Dienst (A 4 Betriebsmeister);
- Forderung nach Verbesserung der Aufstiegsregelungen in die Laufbahnen des mittleren und des gehobenen Dienstes.



DER BUNDESWEHRBEAMTE

MITTEILUNGSBLATT DES VERBANDES DER BEAMTEN DER BUNDESWEHR E. V. BONN

Herausgeber: Verband der Beamten der Bundeswehr e.V., Bonn, Herwarthstr. 12
Schriftleitung: Oberregierungsrat a. D. Ernst Elsner, Bonn
Bernard & Graefe Verlag für Wehrwesen Frankfurt am Main

1. Jahrgang · Heft 1 — Juli 1962

Zum Geleit

In seinem Bestreben, die Beamten im Bereich der Bundeswehr laufend über beamtenrechtliche, fachliche und soziale Fragen zu unterrichten und das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken, gibt nunmehr der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. eine eigene Fachzeitschrift heraus.

Ich freue mich über diese Initiative, die eine wertvolle Hilfe bei der Erfüllung jener satzungsgemäßen Aufgaben darstellt, die sich der Verband der Beamten der Bundeswehr gestellt hat.

Ich wünsche der Fachzeitschrift „Der Bundeswehrbeamte“ einen guten Start, eine erfolgreiche Zukunft und bin überzeugt, daß sich die Mitglieder und Freunde des Verbandes den Bemühungen der Verantwortlichen nicht verschließen werden.

© VBB Archiv (6)

Wünsche auf den Weg

Der Verband der Beamten der Bundeswehr hat es sich nach seiner Satzung zum Ziel gesetzt, an der Prägung einer Beamtenschaft mitzuwirken, die nach Leistung, Haltung und Berufsauffassung demokratischen Vorstellungen entspricht. Zur Verwirklichung dieses Zieles möge diese Fachzeitschrift beitragen. Sie soll dem freien Austausch der Meinungen dienen, sie soll über beamtenrechtliche und soziale Probleme informieren und aufklären, sie soll Anregungen für die fachliche Aus- und Weiterbildung bieten und damit in allem zu einem wertvollen Bindeglied zwischen den Beamten der Bundeswehr werden. Mein besonderer Wunsch geht aber auch dahin, daß diese Zeitschrift bei den amtlichen Stellen, die über unsere Wünsche, Anliegen und Anregungen zu entscheiden haben oder bei diesen Entscheidungen mitwirken, als Sprachorgan unseres Verbandes anerkannt und gewürdigt wird.

In ihrer Ausgestaltung soll die Zeitschrift „Der Bundeswehrbeamte“ vorerst ein Versuch sein. Die Zeit wird lehren, ob wir auf dem richtigen Wege sind und ob durch Erfüllung von Wünschen und Anregungen aus allen Kreisen heraus eine noch ansprechendere Note erzielt werden kann.

Schließlich wünsche ich, daß diese Zeitschrift sich als gediegenes Werbematerial erweist und alle Beamten, die unseren Reihen noch fernstehen, zum Beitritt zu unserem Verband anregt, so daß die Arbeit am Aufbau und an der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr als gemeinsame Sache aller Bundeswehrbeamten in diesen Blättern künftig zum Ausdruck kommen kann.

Kreuzer

Vorsitzender

Gespräch über Grundsatzfragen der Beamten der Bundeswehr: Dr. Hülden, Amtsrat Karrasch, Ministerialrat Dr. Kreuzer, Ministerialrat Wirsching, der dbb-Bundesvorsitzende Krause, Oberregierungsrat Trottenberg und Regierungsdirektor Wernery (von links).

Bundesvorstand: in der ersten Reihe die Koll. Karrasch, Frahm, Dr. Kreuzer, Trottenberg und Arndt (von links).

Der VBB führt Gespräche mit dem Deutschen Beamtenbund: Die stellvertretenden Bundesvorsitzenden des VBB, Oberregierungsrat Trottenberg und Amtsrat Karrasch, der Bundesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Alfred Krause, der Bundesvorsitzende des VBB, Ministerialrat Dr. Kreuzer, und der Schatzmeister des VBB, Regierungsoberinspektor Arndt (von links).

Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel erörtert mit dem VBB die Statusfrage: Der stellv. Bundesvorsitzende des VBB, Amtsrat Karrasch, der Bundesvorsitzende des VBB, Ministerialrat Dr. Kreuzer, Bundesminister von Hassel, der stellv. Bundesvorsitzende des VBB, Oberregierungsrat Trottenberg, der Persönliche Referent des Ministers, Oberregierungsrat Dr. Siebe (von links).

1962 bis 1965 – Aufbauphase

Durchführung des III. Bundesvertretertages am 2. bis 4. Juni 1965, erstmalig in der „Rhein-Mosel-Halle“, Koblenz, dem Veranstaltungsort sämtlicher weiterer Bundesvertretertage bis 2001.

Der bisherige Bundesvorsitzende Dr. Georg *Kreuzer* verzichtete auf eine neue Amtsperiode im Hinblick auf die Übernahme seiner neuen Aufgabe im Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) als Abteilungsleiter und Direktor BWB. Sein Nachfolger wurde Ministerialdirigent Heinrich *Frahm*.

Schwerpunkte verbandspolitischer Diskussion im Zeitraum 1962 bis zum Vertretertag 1965, der Aufbauphase des Verbandes und der Bundeswehrverwaltung, waren:

- Der Verband artikuliert seinen berechtigten Anspruch auf alleinige Vertretung berufspolitischer Interessen der Beamten der Bundeswehr gemeinsam mit dem dbb, nachdem sich seit dem letzten Bundesvertretertag die Mitgliederzahl mit über 12.000 verdoppelt hat. Dem Verband schlossen sich zwei Fachgruppen an, die Fachgruppe „Ehemalige Wehrmacht“ und die Fachgruppe „Ingenieure“.
- Die unbefriedigende Rechtsstellung der Beamten der Bundeswehr im Frieden und im Einsatzfall und hier vor allem die Frage der Rechtsstellung der Beamten der Territorialen Wehrverwaltung bei Verwicklung in Kampfhandlungen (Kombattantenstatus ja/nein) und eine gesonderte gesetzliche Regelung für die Beamten in der Gliederung der Truppe (zum Beispiel Truppenverwaltungsbeamte, Geophysikalischer Beratungsdienst).
- Die Benachteiligung bei der Planstellensituation verglichen mit den übrigen Beamten im Bundesdienst. Als erster Schritt konnten haushaltsmäßig 1.655 neue Beförderungsplanstellen in den parlamentarischen Beratungen im Rahmen einer sogenannten „Nachschiebeliste“ durchgesetzt werden. Damit durchbrach der Verband erfolgreich den von der Bundesregierung festgelegten Grundsatz der Haushaltsüberrollung.
- Mit der vom Verband durchgesetzten Abänderung der BMVg-internen Beförderungsrichtlinien gelang es, die Förderung in das erste Beförderungsamt der Laufbahnen bei guter Beurteilung auf ein Jahr zu verkürzen; mit dem sogenannten „Alte-Herren-Erlass“ setzte der Verband erfolgreich durch, dass bewährte ältere Beamte das nächste Beförderungsamt ohne Ortswechsel erreichen konnten.
- Forderung nach Chancengerechtigkeit in den Laufbahnen verglichen mit den Beamten in den anderen Ressortbereichen bleibt als wesentliches Ziel aufrechterhalten, zumal die Belastungen der Beamten der Bundeswehr im Vergleich zu ihren Kollegen anderer Ressorts einer Reihe von zusätzlichen Belastungen ausgesetzt sind wie beispielsweise Bereitschaftsdienste, Reisebeschränkungen, erhöhte Sicherheitsbestimmungen und die Pflicht zur Teilnahme an militärischen Übungen.
- Unterstützung für ein sogenanntes Vorschaltgesetz, das zur Harmonisierung der Laufbahnchancen in Bund und Ländern beitragen soll.
- Hinweise, Mahnungen und Darstellung der auch finanziellen Konsequenzen einer für die Zukunft jetzt bereits sich abzeichnenden Verschiebung der Altersstrukturen des Beamtenkörpers.
- Erfolgreiche Abwehr des Versuches, Amtsbezeichnungen der Beamten als militärische Dienstgrade auf Soldaten zu übertragen (z. B. Wehrinspektor in Uniform); Absage an das Wiederaufleben einer Wehrintendantur.

© VBB Archiv

Bundesminister Dr. Schröder, VBB-Bundesvorsitzender Dr. Kreuzer und die stellv. VBB-Bundesvorsitzenden Trottenberg und Karrasch (von rechts).

- Einführung der 5-Tage-Woche auch für die Beamten der Wehrverwaltung.
- Anrechnung von Dienstzeiten als Soldat auf Zeit auf die Probezeiten als Beamter in bestimmten Verwendungen zur Gewinnung bedarfsgerechten Nachwuchses.

Bei den Personalratswahlen 1964 erhielt der VBB alle Beamtensitze im Hauptpersonalrat. In den Bezirkspersonalräten der Wehrbereichsverwaltungen verlor die Gewerkschaft ÖTV ihre letzten Beamtensitze; der VBB stellte in den Personalräten bei den sechs Wehrbereichsverwaltungen alle Vorsitzenden.

1965 bis 1969 – Zeitraum der Konsolidierung

Wechsel des Bundesvorsitzenden am 24. Februar 1967. Der gewählte Bundesvorsitzende, Ministerialdirigent Heinrich *Frahm*, nahm die an ihn ergangene Berufung zum Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein an, schied damit aus dem Dienst im Bundesministerium der Verteidigung aus und musste deshalb mit seinem Statuswechsel zum Landesbeamten den Vorsitz des Verbandes niederlegen. Für den Rest der Legislaturperiode wurde Dr. Georg *Kreuzer* durch eine Ergänzungswahl des Bundesvorstandes erneut zum Bundesvorsitzenden berufen.

Durchführung des IV. Bundesvertretertages vom 21. bis 23. Mai 1969 in der Rhein-Mosel-Halle in Koblenz.

Zum Bundesvorsitzenden wurde anlässlich des Bundesvertretertages für vier weitere Jahre Dr. Georg Kreuzer gewählt.

Seit 1965 hatte sich das politische Umfeld stark verändert. Tief greifende gesellschaftliche, staatspolitische, bildungspolitische und technische Veränderungen kündigten sich in dieser Zeit der Großen Koalition an. Unser Verband stellte sich rechtzeitig auf den nahenden dynamischen Veränderungsprozess und die Folgerungen für den öffentlichen Dienst im Allgemeinen und die Kolleginnen und Kollegen der Bundeswehrverwaltung im Besonderen in enger Zusammenarbeit mit dem dbb ein.

Nach den Verbesserungen im Laufbahngefüge durch die angesprochene Nachschiebeliste 1965 konnten in den folgenden Jahren weitere Schritte im Gleichstellungsbemühen mit den anderen Bundesverwaltungen durch die Maßnahmen der 2. und 3. Phase zur Harmonisierung der Stellenpläne und den damit verbundenen Stellenhebungen für die Jahre 1966 und 1967 erzielt werden. Mit dem ersten Besoldungsneuregelungsgesetz ebenfalls im Jahre 1967 wurden neue Spitzenämter geschaffen und weitere Stellenhebungen parlamentarisch bewilligt. Mit einer weiteren Nachschiebeliste noch 1967, speziell das Haushaltsjahr 1969, brachte mit der Ausführung des zweiten Besoldungsneuregelungsgesetzes eine weitere Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten für die Bundeswehrbeamten.

Unverkennbar blieben allerdings die noch offenen Nachholmaßnahmen für die verspäteten Aufbaujahre der Verwaltung, wenngleich nicht zu verkennen war, dass sich der Abstand zu den anderen Bundesverwaltungen verkürzt hatte. Ungelöst war in diesem Zusammenhang immer noch die unausgewogene Altersstruktur mit ihren sozial unverträglichen Verzerrungen im Laufbahngefüge.

© VBB Archiv (2)

Staatssekretär Birckholtz, Bundesminister Schmidt, VBB-Bundesvorsitzender Dr. Kreuzer und die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Karrasch und Beer (von rechts).

Forderungen des Verbandes für diesen Zeitraum waren:

- Unverzügliches Nachholen der durch den späteren Aufbau der Bundeswehrverwaltung verursachten Nachteile in der Organisations- und Laufbahnentwicklung.
- Unmittelbar anschließend dann eine nahtlose zeitgerechte Anpassung an den gesellschaftlichen Wandlungsprozess staatlicher Aufgabenwahrnehmung durch eine Neuordnung und Modernisierung von Beamten- und Laufbahnrecht.
- Die Herstellung einer auf innerer Gerechtigkeit fußenden Besoldungsordnung, strikt am Leistungsgrundsatz orientiert mit zeitgemäßer moderner Ausbildung, fachlicher Fortbildung, zügiger Anpassung der Organisation an die veränderten Verhältnisse. Der Rückstand gegenüber der allgemeinen Einkommensentwicklung in der Bundesrepublik betrug immer noch 17 Prozent.
- Weiterentwicklung von zügigen Rationalisierungs- und Vereinfachungsmaßnahmen in der Bundesverwaltung, vor allem in der eigenen Bundeswehrverwaltung.
- Moderne, leistungsgerechte Dienstpostenausstattung.
- Realisierung einer immer noch fehlenden befriedigenden Regelung der Rechtsstellung der Beamten der Bundeswehr im Verteidigungsfall, bei Teilnahme an Manövern und an militärischen Übungen.
- Versorgung bei gesundheitlichen Schädigungen von Beamten im Rahmen von Wehrübungen oder Manövern nach den Unfallfürsorgebestimmungen des Bundesbeamtengesetzes und nicht nach den in aller Regel wesentlich ungünstigeren Entschädigungsregelungen des Bundesversorgungsgesetzes.
- Ausnahme vom Stellenabbau des Haushaltsgesetzes 1969 im Hinblick auf das noch vorhandene Fehlen an Musterungsärzten, Wehringenieuren, Geophysikern und Lehrkräften an den Fach- und Truppenschulen.
- Neben den sogenannten Kegelverbesserungen des

Im Gespräch auf der Bühler Höhe: dbb Bundesvorsitzender Krause, stellv. DBB Bundesvorsitzender Wernery, Ministerialdirektor Kroener, Ministerialdirigent Kretschmann, Ministerialdirigent Wirsching, stellv. VBB-Bundesvorsitzender Karrasch, Mitglied des Bundestages Brück, Ministerialrat Dr. Rottmann, Ministerialdirigent Löffelsend, VBB-Bundesvorsitzender Dr. Kreuzer, stellv. VBB-Bundesvorsitzender Trottenberg (von links).

1. BesNG wurden dort noch eine Reihe von Verbesserungen eingestellt, die von VBB und dbb priorisiert waren: wie die Einführung neuer verzahnter Spitzenämter, die den Effekt hatten, dass in jeder Laufbahngruppe eine weitere Beförderungsmöglichkeit für Inhaber herausgehobener Dienstposten ermöglicht wurde.
- Mit der Neugestaltung der Grundgehälter wurde ein zeitgerechteres Erreichen der Gehaltsendstufe zusätzlich ermöglicht.
- Weitere Höherstufungen von Ämtern in allen Laufbahnen.
- Das 2. BesNG brachte Verbesserungen in den Grundgehältern sowie beim Ortszuschlag, die Gewährung von Amtszulagen im einfachen Dienst, die Erweiterung der Technikerzulage bei A 5, A 7, A 11, die Anhebung der Mindestversorgung, die Teilnahme der Versorgungsempfänger an künftigen strukturellen Besoldungsverbesserungen.
- Für Grundsatzfragen der Beamten des technischen Dienstes aller Laufbahnen wurde der Bundesvorstand neben dem eingerichteten Fachbereich „Wehrtechnik“ vor allem vom Bereich BWB intensiv unterstützt. Die enge Zusammenarbeit mit dem dbb in allen Fragen der Beamten in den technischen Laufbahnen wurde intensiviert und fand darin ihren sichtbaren Ausdruck, dass der Kollege Ing. (grad.) Engel in die Kommission Technik des dbb Bundeshauptvorstandes berufen wurde. Der Verband legte für die folgenden Jahre den Schwerpunkt seiner diesbezüglichen Arbeit auf folgende Themenbereiche: Weiterentwicklung des Ing.-Ausbildungswesens (Umwandlung der bestehenden Ing.-Ausbildungsstätten in Fachhochschulen); Gleichstellung des deutschen Ingenieurs im europäischen Rahmen, Graduierung der Beamten des gehobenen Dienstes durch den Zusatz Ing. (grad.) zur Amtsbezeichnung, Ausdehnung der Technikerzulage.
- Die weiter zutreffende Kritik des VBB fokussierte sich auf folgende Themen, wie die immer noch bestehende Chancenungerechtigkeit gegenüber den etablierten Verwaltungen des Bundes sowie auf den auf 17 Prozent angewachsenen Besoldungsrückstand der Beamten gegenüber der allgemeinen Einkommensentwicklung, die Erweiterung der Beteiligungsrechte der Spitzenorganisationen bei beamtenrechtlichen Entscheidungen und die dringend erforderliche Weiterentwicklung des Bundeslaufbahnrechtes (Aus- und Fortbildung, Aufstiegsregelungen), leistungsgerechte Dienstpostenbewertungen in den Standortverwaltungen und den Truppenverwaltungen.

Die im Jahr 1966 durchgeführten Personalratswahlen waren ein erneuter Vertrauensbeweis der Beamten der Bundeswehr für die konsequente Beamtenpolitik ihrer Berufsvertretung, den Verband der Beamten der Bundeswehr. Er erhielt wiederum alle Beamtensitze im Hauptpersonalrat.

1969 bis 1973 – Gesellschaftspolitischer Umbruch

Der IV. Bundesvertretertag 1969 hatte sich den im Unterschied zu den früheren Tagungen einer veränderten politischen Situation gegenübergesehen. Der sich nunmehr ankündigende gesellschaftspolitische Umbruch ließ einen erheblichen Wandel erwarten, dessen Auswirkungen noch nicht klar abzuschätzen waren. Die Fortentwicklung der Struktur des öffentlichen Dienstes und die beinahe sprunghafte Zunahme der Aufgaben ließ die Notwendigkeit grundlegender Reformen unabweisbar hervortreten und führte zu neuen grundlegenden Überlegungen für die Schwerpunkte der Verbandspolitik der folgenden Jahre.

Der Bundesvertretertag wählte Dr. Georg *Kreuzer* zum Bundesvorsitzenden.

Manches fand seinen Niederschlag in den Beschlüssen des Bundesvertretertages von 1969. Vieles war indessen noch nicht reif gewesen und bestimmte deshalb nunmehr zentral die Arbeit der Organe des Verbandes.

Über diese grundlegenden gesellschafts- und beamtenpolitischen Themen hinaus war es vor allem zusätzlich die besondere Stellung des Bundeswehrbeamten im Gesamtgefüge der öffentlichen Verwaltung, die nunmehr in den Vordergrund trat. Die bisherigen Versäumnisse der ambivalenten Politik der Parteien ließen die schwierige Interessenlage der Beamten der Bundeswehr nie so deutlich hervortreten wie in diesen Jahren: einesteils wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Bundesverwaltung und andererseits selbstständiger Teil der großen Einheit Bundeswehr mit dem speziellen Problem der Beamten der Truppenverwaltungen; geprägt von einer Vielzahl besonderer Aufgaben und Belastungen und zugleich wieder öffentlich gemessen an den Erfordernissen der gesamten übrigen Bundesverwaltung. Manche Missverständnisse, Zweifel an einer konsequenten Verbandspolitik und daraus folgend Enttäuschungen hatten hier ihre eigentliche Wurzel.

© VBB Archiv
Gespräch der VBB-Bundesleitung mit Abteilungsleitern des BMVg, insbesondere die Ministerialdirektoren Ernst Wirmer, Heinz Schaefgen und Dr. Heinz Padberg (von links).

Die nicht einfache Verbandspolitik musste sich in dieser schwierigen Phase zwischen beiden Polen bewegen, um erfolgreich Handlungsfreiheit zu behalten, einerseits die großen strukturellen Probleme des Berufsbeamtentums und auf der anderen Seite die speziellen berufspolitischen Probleme der Beamten der Bundeswehr.

Daneben traten unvorherzusehende bedeutsame Probleme auf, die entschlossenes und energisches Verhalten und Handeln erforderten. Unter dem Deckmantel einer auch vom dbb anerkannten und für dringend notwendig erachteten Reform des öffentlichen Dienstes trat der Deutsche Gewerkschaftsbund zum massiven Angriff auf das Berufsbeamtentum in seiner bisherigen

© VBB Archiv

Abgeordnete des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages mit Abteilungsleitern des BMVg und der Bundesleitung.

Form an, mit der Zielrichtung der Abschaffung der als reaktionär bezeichneten Dienstform, um sie deshalb durch den Bundeseinheitsbediensteten zu ersetzen.

Geschlossenheit mit dem dbb, konsequenter persönlicher Einsatz mit den besseren Argumenten führte zum Rückzug und zur Aufgabe des vom DGB gesteuerten Vorgehens der ÖTV. Der zur Aufgabe seiner Ziele gezwungene Chef der ÖTV, *Kluncker*, propagierte umgehend statt der Abschaffung des Berufsbeamtentums nunmehr die Trennung des beamtenrechtlichen Gesamtkomplexes in Status und Folgerecht mit dem politischen Ziel einer umfassenden Vertretung der gesamten wirtschaftlichen Interessen der Beamten durch die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV). Diese schlecht gewählte Alternative spitzte sich in der politischen Diskussion durch den dbb auf die Zentralfrage der damit verbundenen Zulässigkeit eines Streikrechtes für Beamte zu. In einer nur zu diesem Zwecke anberaumten Bundestagsplenardebatte sprachen sich die Vertreter aller im Bundestag vertretenen Parteien eindeutig für das Berufsbeamtentum als das staatstragende Element der Bundesrepublik Deutschland aus. Damit waren nicht nur die gewerkschaftlichen Thesen endgültig aus der Diskussion verschwunden, sondern es wurde auf sachgerechter Grundlage unserer Verfassung der Weg frei zur Anpassung des Berufsbeamtentums an die veränderten staatlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und technischen Verhältnisse, in der Erkenntnis allerdings, dass dieser zukünftige Weg sehr steinig werden könnte.

An wichtigen Gesetzgebungsvorhaben wurden auf den Weg gebracht:

- Novellierung des Personalvertretungsrechtes; vor allem mit der Forderung der Erweiterung der Beteiligungsrechte der Spitzenorganisationen bei beamtenrechtlichen Regelungen nach § 94 BBG;
- Neuordnung des Laufbahnrechtes;
- Verbesserte Regelungen für die Aus- und Fortbildung der Beamten;
- Neugestaltung des Urlaubsrechtes; Änderung der haftungsrechtlichen Vorschriften (§ 78 BBG); Neugestaltung des Disziplinarrechtes; sowie die Abschlussnovelle zum sogenannten G 131.

Durchgesetzt und erfreulicherweise abgeschlossen werden konnten folgende Vorhaben:

- Aufstieg in den höheren technischen Dienst nach Aufhebung der entsprechenden entgegenstehenden Verwaltungsvorschrift vom 16. Juli 1936;
- Berücksichtigung von im öffentlichen Dienst einer zwischen- oder überstaatlichen Einrichtung des öffentlichen Dienstes zurückgelegten Zeit bei der Festsetzung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit der Beamten;
- Ermöglichung von Teilzeitbeschäftigung von Beamtinnen.

Die unzumutbaren, von den Mitgliedern zu Recht kritisierten Tatbestände bei der Besoldung einschließlich der Rückstände im Vergleich zur allgemeinen Einkommensentwicklung in der gesamten Wirtschaft konnte durch die nachfolgend auf den Weg gebrachten Verbesserungen gemildert werden, ohne allerdings das Gesamtproblem auch nur annähernd zu lösen:

- Durch das 7. Besoldungsrechtsänderungsgesetz vom 15. April 1970 mit einer Erhöhung der Grundgehälter, der Ortszuschläge und der Auslandszulagen.
- Durch die Anpassung der Versorgungsbezüge in der Form der geforderten Stellenplananpassungszulage.

Die energischen Bemühungen des dbb und des VBB um ein besoldungsrechtliches Gesamtkonzept für die Zukunft, die zahlreichen auf dieses Ziel gerichteten Proteste und Einflussnahmen im Innenausschuss des Bundestages führten nach langen, teilweise quälenden, heute nicht mehr verständlich zu machenden Diskussionen und offen ausgetragenen feindseligen Maßnahmen, weil sich noch bis Ende 1970 die Bundesregierung weigerte, den diesbezüglich erteilten Auftrag des Innenausschusses des Deutschen Bundestages sachgerecht umzusetzen. Der massive Widerstand der Beamtenverbände führte letztlich zum Erfolg. Mit der Verkündung eines 1. Besoldungs- und Versorgungsneuregelungsgesetzes am 18. März 1971 im Bundesgesetzblatt konnte auch der VBB eine positive Bilanz seiner jahrelangen

Bemühungen ziehen und die Erfüllung einer ganzen Reihe von Forderungen feststellen:

- Laufende jährliche Überprüfung von Besoldung und Versorgung (Einfügen des § 60 in das BBesG), der festlegt, dass die Bezüge der Beamten entsprechend der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse regelmäßig für die Zukunft angepasst werden; der Verband sah in dieser Regelung richtigerweise ein klares Bekenntnis zu einer eigenständigen und von gewerkschaftlichen Tarifüberlegungen unbeeinflussten Besoldungspolitik.
- Gesetzlich verankert wurde erkennbar der Trend zu einer leistungsorientierten Besoldung.
- Mit dem Abbau des Unterschiedes von Orts- und Tarifklassen im Ortszuschlag setzte sich der von dbb und VBB vertretene Weg zur Gliederung der Dienstbezüge in leistungs- und familienbezogene Gehaltsbestandteile durch.
- Die Teilnahme der Versorgungsempfänger an strukturellen Besoldungsverbesserungen wurde gesetzlich verankert.
- Die Technikerzulage wird erstmalig an alle Beamten des mittleren und gehobenen Dienstes gezahlt.
- Die bisherigen Unterhaltszuschüsse für die Laufbahnanwärter werden in besoldungsverbesserungsrelevante Dienstbezüge umgewandelt werden (Anwärterbezüge).
- Das Gesetz sah weiterhin Verbesserungen der Stellenplanobergrenzen vor, die die Beförderungsengpässe reduzierten, womit der Forderung des Verbandes zu einer Gleichstellung mit den übrigen Bundesbeamten nahezu weitgehend Rechnung getragen wurde.
- Die neue Regelung der Mehrarbeitsentschädigung und die Gewährung von Zulagen in einigen besonderen Funktionen sind zusätzliche positiv zu wertende Elemente der Besoldungsneuregelung.

Damit war ein Stück des Weges zur Normalität zurückgelegt; allerdings blieben noch viele Themen intensiv zu bearbeiten.

Einen eindrucksvollen Erfolg konnte der VBB bei den Personalratswahlen 1969 erzielen; er erhielt sämtliche Sitze beim Hauptpersonalrat im BMVg; ebenso wurden die Wahlen zu den Bezirkspersonalräten zu einem eindrucksvollen Vertrauensbeweis für den Verband.

1973 bis 1977 – Reformen

In der Zeit vom 27. bis 29. Juni 1973 fand der V. Bundesvertretertag des Verbandes nun schon traditionell wiederum in Koblenz statt. Der bisherige Bundesvorsitzende Dr. Kreuzer hatte den Verband seit 1971 hauptamtlich zugleich in der Funktion des Bundesgeschäftsführers geleitet. Mit der Bundesgeschäftsstelle bezog er ein neues Domizil in der Colmantstraße 18 in Bonn, nachdem sich herausgestellt hatte, dass die bisherigen Räume am Bonner Kaiserplatz nicht mehr reichten. Dr. Kreuzer trat aus Altergründen nach langen Jahren großen persönlichen Engagements zu einer erneuten Wahl nicht mehr an. Zu seinem Nachfolger im Amt des Bundesvorsitzenden wurde Kollege Lothar *Beer* gewählt.

Mehr als 200 Anträge zur Reform des öffentlichen Dienstrechtes, zum Beamtenrecht, zur Besoldung, Dienstpostenbewertung, der Ausgestaltung der Stellenpläne zur Personalführung, der Personalwirtschaft, den Laufbahnangelegenheiten der vielfältigen Laufbahnen der Beamten der Bundeswehr lagen vor und wollten abgearbeitet werden.

Unter nachhaltiger Verfolgung der bereits auf dem Bundesvertretertag von 1969 festgelegten beamtenpolitischen Reformziele, das verfassungsrechtlich verankerte Berufsbeamtentum entsprechend den veränderten staatlichen, gesellschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Verhältnissen fortzuentwickeln, sollten wesentliche Schwerpunkte der neuen Legislaturperiode sein:

- Erweiterung der Beteiligungsrechte der Spitzenorganisationen;
- Reform des Personalvertretungsrechtes;
- Schaffung eines reformierten, den veränderten gesellschaftlichen und staatlichen Veränderungen angepasstes Dienstrecht;
- Durchsetzung eines modernen, flexiblen Laufbahnrechtes, berufsbezogen und durchlässig, ohne Dienst- und Lebensalter, vor allem aber unter Variierung noch vorhandener – zu starrer Laufbahnschranken;
- Leistungsgrundsatz kein Lippenbekenntnis, sondern lebendige Tatsache einer modernen Verwaltung:
- Moderne, offene, vor allem in den Entscheidungen transparente Personalführung;
- Verbesserung der Aus- und Fortbildung im Sinne eines berufsbezogenen Zieles;

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages im Gespräch mit der Bundesleitung.

© VBB Archiv (2)

Bundesleitung mit Bundesminister Georg Leber und Staatssekretär Helmut Fingerhut.

- Gerechte, leistungsbezogene Besoldung;
- Versorgung wehrübender Bundeswehrbeamter;
- Gesetzliche Regelung der Rechtsstellung der Bundeswehrbeamten im Verteidigungsfalle.

In den Grußworten der politischen Prominenz von Bund und Ländern, den Ansprachen des Bundesvorsitzenden des dbb, Alfred *Krause*, und des neu gewählten Bundesvorsitzenden des VBB, Lothar Beer, lag der Schwerpunkt ungeachtet aller Probleme der Besoldung, der erwiesenen Benachteiligungen bei den Beamten der Bundeswehr durch den verspäteten Aufbau, dem unbestrittenen Mangel an kegelgerechter Planstellenausstattung bei den unverhohlen vorgetragenen dogmatischen Angriffen auf die Existenz des Berufsbeamtentums in der Bundesrepublik. Einem Prozess, bei dem sich der Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Heinz Kluncker, sowie die gewerkschaftliche Dachorganisation DGB mit unsachlicher Polemik an den grundgesetzlichen Regelungen und den geltenden Gesetzen vergriffen. Diese Auseinandersetzung bestimmte nicht nur maßgeblich den Bundesvertretertag selbst, sondern auch für eine geraume Zeitspanne die Zeit danach. Bei dem vom DGB/ÖTV betriebenen Konzept ging es, das sei aus fast schon historischer Sicht in Erinnerung gerufen, um eine gesetzlich geregelte Aufspaltung des Beamtenrechtes in ein gesetzlich zu regelndes Statusrecht und ein dem Tarifrecht ausschließlich zuzuordnendes Folgerecht, das jeweils in auszuhandelnden Tarifverträgen festzulegen sei, einschließlich des Streikrechtes für diesen Sektor. Letztlich konnte mit Unterstützung des dbb der gesellschaftspolitisch geführte Dogmenkrieg unter Verweis auf die Verfassung und die gesetzlichen Regelungen – wie sich bald danach zeigte – zugunsten des heutigen Berufsbeamtentums entschieden und die Versuche seiner Aushöhlung beendet werden. Der Staat hatte seine Glaubwürdigkeit zurückgewonnen. Die aktuellen Bemühungen um eine längst fällige allgemeine Dienstrechtsreform konnten nunmehr von dbb und VBB mit neuer Energie verbandspolitisch vorangetrieben werden.

Die Wahl der Personalvertretungen 1973 in der Bundeswehr führten zu einem großen Erfolg des VBB und damit zu einem eindruckvollen Bekenntnis der Beamten der Bundeswehr zum Berufsbeamtentum. Alle drei Beamtensitze im Hauptpersonalrat beim BMVg entfielen auf den Wahlvorschlag des VBB. Der VBB konnte seinen Stimmenanteil gegenüber den Personalratswahlen im Jahr 1969 erneut, und zwar um 3,7 Prozent auf insgesamt 71,4 Prozent verbessern.

Die überragenden Erfolge bei den Personalratswahlen 1976 – um nur dies herauszuheben – kennzeichnen ein Ergebnis harter, beharrlicher und ehrlicher Arbeit für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen aller Laufbahngruppen und Fachrichtungen. Die Personalratswahlen wurden mit einem überragenden Ergebnis für die Liste „VBB“ abgeschlossen. Die Liste 1 des VBB erhielt 75,6 Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen. Die ÖTV wurde weit abgeschlagen und erhielt nur 7,4 Prozent bei den Beamten; in gleicher Weise brach sie bei den Angestellten und den Arbeitern ein. Alle fünf Sitze des Hauptpersonalrates fielen an die Kandidaten der Liste 1 des Verbandes der Beamten der Bundeswehr. ■

1977 bis 1981 – Enge der Haushalte

- Beim VI. Bundesvertretertag 1977 in Koblenz wählten die Delegierten Lothar *Beer* erneut zum Bundesvorsitzenden.
- VBB übt Kritik an der immer noch ausstehenden Dienstrechtsreform.
- VBB und dbb wehren sich gegen von der Bundesregierung beabsichtigte Sparmaßnahmen.
- Der Verband errang bei den Personalratswahlen 1979 wie in den vergangenen Jahren alle fünf Beamtensitze. ■

Bundesleitung im Gespräch mit Bundesminister Dr. Hans Apel.

© VBB Archiv (2)

VBB-Haus in Bonn, Baumschulallee 18 a

1981 bis 1985 – Politik und unsachliche Kritik

› Der VII. Bundesvertretertag fand vom 20. bis 22. Mai 1981 traditionell in Koblenz in der Rhein-Mosel-Halle statt. Lothar *Beer* wurde zum Bundesvorsitzenden gewählt.

› Der VBB sah sich einer krisenhaften Situation in Staat und Gesellschaft gegenüber, die nicht nur geprägt war von Problemen der Staatsfinanzen, sondern möglicherweise als Folge hiervon – mit erheblicher Polemik und unsachlicher Kritik am öffentlichen Dienst und damit am Berufsbeamtentum.

› Verunsicherung und Stagnation
– Verbesserung im Tarifrecht gegen ein Moratorium bei den Beamten;

Bundesminister Dr. Manfred Wörner und Staatssekretär Dr. Joachim Hiehle mit den Kollegen der Bundesleitung.

© VBB Archiv (5)

Bundesleitung diskutiert Haushaltsfragen mit dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Abg. Rudi Walther (2. von links).

– Sofortige Tarifentlohnung bei Übertragung höherwertiger Tätigkeiten, bei Beamten Nichtbewilligung der entsprechenden Planstellen;
– Zunehmende Disparität zwischen Renten und Ruhestandsbezüge der Beamten.
– Beihilferecht wird als Privileg in der Öffentlichkeit diffamiert;
– Abkoppelung der Beamten vom Inflationsausgleich, einseitige Kürzungen von Kilometerpauschalen;
– Absenkung der Eingangsämter im Laufbahnrecht.

› Bei den Personalratswahlen 1982 erzielte der VBB den bisher größten Wahlerfolg in seiner Geschichte. Im Hauptpersonalrat fielen wieder alle fünf Sitze an den VBB. ■

1985 bis 1989 – Zwischenbilanz über das bisher Erreichte

› Wiederwahl von Lothar *Beer* anlässlich des VIII. Bundesvertretertages vom 16. bis 18. Oktober 1985 in Koblenz.

› Keine Privatisierung von Staatsaufgaben
– Das Thema der Privatisierung bestimmte erstmalig die politische Diskussion.

› Gerechtigkeit für die Beamten der Bundeswehr
– Beendigung der Kürzungen im Personalstellenbereich;
– Zügige Verbesserungen in den Stellenplänen;
– Austausch von Beförderungsplanstellen in den Stellenplänen;
– Neufassung des Versorgungsrechtes, dabei bleibt die eigenständige Beamtenversorgung erhalten;
– Die Änderung der Bundeslaufbahnverordnung ermöglicht erstmalig den Aufstieg in besondere Verwendungen auch für die Beamten des gehobenen Dienstes;
– Bewilligung von rund 1.800 Planstellenhebungen;
– Bündelung von Dienstposten von A 5/A 7;
– Erhöhung der Nachwuchsquoten über den aktuellen Bedarf hinaus zur Harmonisierung der unausgewogenen Altersstruktur (sogenanntes Anböschungsmodel).

Gespräch mit Abgeordneten des Verteidigungsausschusses, MdB Willi Wimmer und Johannes Ganz, Hanspeter Oelmeier und Thorolf Schulte.

› Bei den Personalratswahlen 1988 erhielt der VBB
– wie in den vergangenen Jahren – mehr als deutlich alle fünf Beamtensitze im Hauptpersonalrat. Thorolf Schulte wurde zum Vorsitzenden des Hauptpersonalrates gewählt. ■

Im VBB-Haus: Gespräch mit Staatssekretär Dr. Günter Ermisch.

Die Bundesleitung mit Bundesminister Prof. Dr. Rupert Scholz.

1989 bis 1993 – Wiederherstellung der Einheit Deutschlands

© VBB Archiv (5)

Horst Krause, erster Vorsitzender Bereich VII.

Der erste Präsident der WBV VII, Dr. Karl Johanny.

› Bei den Wahlen des IX. Bundesvertretertages vom 18. bis 20. Oktober 1989 in Koblenz wurde Lothar *Beer* wieder zum Bundesvorsitzenden gewählt.

› Die Neuorientierung nach der Einheit Deutschlands
– In diesen Zeitraum fielen Ereignisse von historischer Bedeutung. Am 9. November 1989 öffnete die damalige Deutsche Demokratische Republik die Grenzen zur Bundesrepublik Deutschland.

› Straffung und Reduzierung
– Aufbau einer Wehrverwaltung des Bundes in den neuen Bundesländern nach den Grundsätzen des Art. 87 b Grundgesetz;
– Übernahme von circa 50.000 Mitarbeitern der ehemaligen Nationalen Volksarmee, deren sozialverträglicher Abbau nach den Regelungen im Einigungsvertrag, deren Einbau in die Territoriale Wehrverwaltung, die Kommandobehörden und die Truppe sowie in den Rüstungsbereich;
– Herstellung der Chancengleichheit im Vergleich zu den anderen Bundesbehörden durch Realisierung des gesetzlich vorgesehenen 100-prozentigen Stellenkegels;
– Maßnahmen zur Abmilderung der aus den Aufbaujahren der Bundeswehrverwaltung noch stammenden Verzerrung der aktiven Beamten innerhalb der Altersstruktur – circa 50 Prozent der aktiven Beamten innerhalb von zehn Geburtsjahrgängen – bei den Beamten der Laufbahnen des mittleren und des gehobenen Dienstes;
– Verbesserung der Haushaltsstellenausstattung der Laufbahnen des gehobenen und des mittleren technischen wie des nichttechnischen Dienstes.

› Planstellenverbesserungen
– Anhebung der gesetzlichen Kegelobergrenzen für Beförderungsämter im gehobenen und nichttechnischen Dienst;
– Anhebung der gesetzlichen Kegelobergrenzen für Beförderungsämter im mittleren technischen Dienst;
– Neues Spitzenamt des einfachen Dienstes BesGr. A 6.

› Bei den Personalratswahlen 1992 errang der VBB fünf Beamtensitze im Hauptpersonalrat.

Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg beim Monatsgespräch mit Staatssekretär Dr. Carl und Thorolf Schulte.

Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühe, beim Bundesvorstand.

1993 bis 1997 – Abschied und Kontinuität

Parlamentarische Staatssekretärin Michaela Geiger verleiht Lothar Beer das Große Bundesverdienstkreuz.

› Beim X. Bundesvertretertag vom 20. bis 22. Oktober 1993 stellt sich der bisherige Bundesvorsitzende Lothar Beer aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl. Er wurde einstimmig zum Ehrenvorsitzenden des Verabandes gewählt. Zum neuen Bundesvorsitzenden wurde Thorolf *Schulte* gewählt.

› Personalstrukturmodell
– Progammatisch forderte der Bundesvertretertag 1993 ein Personalstrukturmodell für die Beamten der Bundeswehr in der Form, wie es für die Soldaten vorgesehen wurde.

› Abbau des Personalumfanges der Streitkräfte und der Wehrverwaltung des Bundes
– Von den noch insgesamt 203 Standortverwaltungen verblieben 123. Die Kreiswehrersatzämter wurden von 123 auf 83 reduziert. Die Zahl der Truppenverwaltungen wur-

de auf circa 400 festgelegt. Das Bundesministerium selbst wurde in einem erneuten Strukturschnitt um weitere 2 000 Arbeitsplätze auf 3 300 Mitarbeiter reduziert.

› Personalentwicklungskonzeption
– Haushaltsmäßig abgedeckte Obergrenze für den Gesamtumfang des Zivilpersonals der Bundeswehr von 129.000 Haushaltsstellen ausgeplant, davon rund 31.000 Planstellen, 37.500 Stellen für Angestellte und 60.500 Stellen für Arbeiter.

› Bei den Personalratswahlen 1996 blieb der VBB auch weiterhin die unbestrittene führende Kraft, wenn es um die Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr geht. Die fünf Beamtensitze im Hauptpersonalrat gingen wieder an den VBB. ■

› Bundesvorsitzender des dbb, Erhard Geyer, mit dem Bundesvorstand des VBB.

© VBB Archiv (2)

› Gespräch mit dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages, MdB Otto Solms, Daniela Teichmann und Thorolf Schulte.

1997 bis 2001 – Neustrukturierung der Wehrverwaltung

© VBB Archiv (4)

Die Bundesleitung: Walter Trottier, Gerhard Burmeister, Daniela Teichmann, Thorolf Schulte, Klaus-Jürgen Achterberg, Rüdiger Wolf, Wolfram Kamm (von links).

Bundesminister Rudolf Scharping empfängt die Bundesleitung.

- Beim XI. Bundesvertretertag vom 8. bis 10. Oktober 1997 wurde Thorolf Schulte in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt.
- Beschlüsse und Aufträge des Bundesvertretertages 1997 an den Bundesvorstand
  - Aufgabengerechter Anteil der Statusgruppe Beamte am künftigen Umfang des Zivilpersonals;
  - Modernisierung der Arbeitsplätze, insbesondere der DV-Arbeitsplätze;
  - Aufgabengerechte Personalergänzung durch strukturbezogene Nachquoten;
  - Verbesserungen vor allem in den Laufbahnen des mittleren Dienstes. Sachgerechte Umsetzung des Dienstrechtsreformgesetzes mit seinen Leistungsstufen, Leistungszulagen und Leistungsprämien.
- Neustruktierung der Wehrverwaltung
  - Neuordnung des Bundesamtes für Wehrverwaltung mit der Gliederung in vier Abteilungen;
  - Integration der Wehrbereichsgebührnisämter in die Wehrbereichsverwaltungen und Einführung des datengestützten GEBAS-Verfahrens;
  - Neuorganisation der Kreiswehrersatzämter.
- Die Personalratswahlen 2000 wurden erheblich durch die öffentliche Diskussion zur Neuausrichtung der Bundeswehr beeinflusst. Im Ergebnis fielen im Hauptpersonalrat alle sechs zu vergebenden Beamtensitze an den VBB.

Präsidentenkonferenz bei der Bundesleitung zu Gast.

2001 bis 2006 – Wandel und Herausforderung

- Der XII. Bundesvertretertag vom 30. bis 31. Oktober 2001 in Koblenz wählte erneut Thorolf *Schulte* zum Bundesvorsitzenden.
- Finanzknappheit der Haushalte
  - Tauziehen um die Reform und Weiterentwicklung der Alterssicherungssysteme;
  - Einführung einer beschäftigungspolitisch wichtigen und wirtschaftlich annehmbaren Altersteilzeit auch für Beamte;
  - Führungspositionen auf Probe/Zeit;
  - Teilzeitbeschäftigung und langzeitige Beurlaubung;
  - Leistungselemente in der Besoldung;
  - Richtwerte für die Vergabe von Spitzennoten im Rahmen dienstlicher Beurteilungen.
- Reduzierung
  - Betrafen die dienstrechtlichen Maßnahmen alle Beamten des Bundes, so kamen bei den Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr die Auswirkungen der Streitkräfte und in deren Folge die der Wehrverwaltung hinzu. Dies führte zu großer Unruhe und Unsicherheit. Hinzu trat die Sorge um Dienstposten und Arbeitsplätze durch den am 15. Dezember 1999 abgeschlossenen Rahmenvertrag mit der deutschen Wirtschaft und die von Bundesminister Rudolf *Scharping* mit großer Energie betriebenen Aktivitäten der Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (g.e.b.b). Am 29. Januar und am 16. Februar 2001 gab Bundesminister Rudolf Scharping die Feinausplanung bekannt. Der Verband machte es sich zur

Festakt – Ehrengäste in der vollbesetzten Rhein-Mosel-Halle.

© VBB-Archiv (4)

Bundesvorstand VBB

Aufgabe, das Vertrauen der Mitarbeiter in die Zukunft wiederherzustellen. Folgende ganzheitlich zu betrachtende Maßnahmen wurden dem Bundesminister vorgetragen und deren Realisierung angemahnt:
– Optimierung hat Vorrang vor Privatisierung;
– Endgültige Struktur- und Planungssicherheit durch zukunftsorientierte Organisation und Konzentration auf die Kernaufgaben der Verwaltung;
– Attraktive Arbeitsplätze mit beruflichen Perspektiven für die Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr;
– Eine zielorientierte Vorruhestandsregelung, die insbesondere erneute personalstrukturelle Verwerfungen wie in der Aufbauzeit der Wehrverwaltung von Anfang an vermeidet.

› Privatisierung
Einen großen Raum an streitiger Diskussion nahmen die Bemühungen des BMVg ein, weitere Aufgabenpakete, die bisher ausschließlich von der Bundeswehrverwaltung wahrgenommen wurden, nunmehr zunehmend dem privatwirtschaftlichen Bereich zuordnen zu wollen. Der VBB beauftragte den Münsteraner Verfassungsrechtler Prof. Dr. Bodo *Pieroth* mit der Erstellung eines Gutachtens über die Möglichkeiten und Grenzen der Privatisierung in der Bundeswehr.

› Situation und weitere Entwicklung der Bundeswehrverwaltung
– Planerische und soziale Sicherheit für die Angehörigen der Bundeswehr gewährleisten,
– Wirtschaftlichkeit und Effizienz in der Bundeswehrkonsequent verbessern;
– Beiträge leisten zu einem zukunftsfähigen Deutschland.

› Für den VBB waren die Personalratswahlen 2004 wieder ein voller Erfolg. Alle sieben Beamtensitze im Hauptpersonalrat gingen an den Verband.

Jetzt reichts: Unter diesem Motto protestierten 40.000 Angehörige des öffentlichen Dienstes am 14. Dezember 2002 in Berlin. VBB-Kolleginnen und -Kollegen waren dabei: Die Ruheständler in vorderster Front.

2006 bis 2010 – Chancen nutzen – Zukunft gestalten

› Der XIII. Bundesvertretertag fand genau fünfzig Jahre nach seiner Gründung am 22. und 23. November 2006 in Bonn statt. Nach 13 Jahren als Bundesvorsitzender stand Thorolf *Schulte* für eine erneute Wiederwahl zum Bundesvorsitzenden des VBB nicht mehr zur Verfügung. Die Delegierten wählten Thorolf Schulte einstimmig zum Ehrenvorsitzenden des Verbandes. Als Nachfolger wurde Wolfgang *Kamm* zum Bundesvorsitzenden gewählt.

› Dienstrecht
– Föderalismusreform;
– Gesetz zur Neuordnung und Modernisierung des Bundesdienstrechts (Dienstrechtsneuordnungsgesetz – DNeuG) vom 5. Februar 2009;

› Bundeslaufbahnverordnung (BLV) vom 12. Februar 2009

Erstes Gespräch der Bundesleitung mit dem Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung.

VBB-Bundesvorsitzender mit dem Bundesminister der Verteidigung, Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg.

– Neuordnung des Laufbahnsystems;
– Ausnahmen für besonders leistungsstarke Beamtinnen und Beamte;
– Richtwertvorgaben für dienstliche Beurteilungen.

› Änderungen von Verordnungen mit besoldungsrechtlichem Bezug
– 8. Verordnung zur Änderung der Erschwerniszulagenverordnung vom 7. Mai 2008;
– Verordnung über die Gewährung eines Zuschlags zu den Dienstbezügen bei begrenzter Dienstfähigkeit;
– Verordnung über Obergrenzen für Beförderungsämter in der Bundesverwaltung (BOgrV);
– Neunte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte (Bundesmehrarbeitsvergütung – BMVergV).

© VBB Archiv (4)

Ministerialdirektorin Greyer-Wieninger bei der Frühjahrssitzung des VBB-Bundesvorstandes.

Vertreter der Bundesleitung und die Sprecher der Arbeitsgruppe Technik bei Staatssekretär Wolf.

Staatssekretär Dr. Otremba im Kreis der Bundesleitung.

- Klageverfahren und Rechtsprechung
  - Musterverfahren zur amtsangemessenen Alimentation.
- Stellenbündelung im mittleren Dienst
  - Bündelung aller Dienstposten im mittleren Dienst bis zur Besoldungsgruppe A 8.
- Schwerpunkte der Verbandsarbeit
  - Neuausrichtung und Modernisierung der Wehrverwaltung;
  - Weiterhin betriebene Privatisierungsmaßnahmen, wie das IT-Projekt Herkules und andere Kooperationsprojekte nach dem ÖPP-Modell.
- Territoriale Wehrverwaltung und Truppenverwaltung
  - Zusammenführung der Truppenverwaltungs- und Rechnungsführeraufgaben mit gleichgelagerten Aufgaben der Standortverwaltung (StOV) in Bundeswehrdienstleistungszentren (BwDLZ).
- Liegenschaftsmanagement und Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA)
  - Die Planungs- und Organisationshoheit des BMVg und damit auch die Stationierungshoheit bleibt unberührt;
  - Investive Baumaßnahmen werden grundsätzlich auch weiterhin durch die Bundeswehr verantwortet (Ausnahme: Liegenschaften mit Hauptnutzer Terr-WV);
  - Zur Vermeidung zeitlicher Verzögerungen werden die die Zusammenarbeit von Bundeswehr und BImA regelnden Geschäftsprozesse so schnittstellenarm wie möglich ausgestaltet;
  - Betreiber aller Liegenschaften – und damit bewährte Ansprechpartner für die Truppe – bleibt auch zukünftig die Wehrverwaltung; bundeswehreigene Konzepte zur Optimierung des Liegenschaftsbetriebes (Betreiber-Nutzer-Modell) können so auch in Zukunft in eigener Zuständigkeit entwickelt und umgesetzt werden.
  - Durch den Erhalt der Personalhoheit für das im Liegenschaftsbetrieb eingesetzte Personal ist dessen Befähigung für eine Aufgabenwahrnehmung in den Auslandseinsätzen weiterhin gewährleistet.
- Gleichstellungspolitik/Gender Mainstreaming/Bundesgleichstellungsgesetz
  - Umfangreiche Rechte der Gleichstellungsbeauftragten;
  - Das explizite und konkretisierte Verbot auch mittelbarer Diskriminierung;
  - Vorgaben für effektivere Gleichstellungspläne auch in Zeiten von Personal- und Stellenabbau;
  - Verbesserte Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit.
- Novellierung der Laufbahnausbildung im höheren und gehobenen technischen Verwaltungsdienst.
- Bei den Personalratswahlen 2008 konnte der VBB von den erstmals acht zu vergebenden Plätzen sieben für sich gewinnen und damit das Ergebnis von 2004 bestätigen.

2010 bis 2014 – Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft Bewahren – Handeln – Gestalten

- Der XIV. Bundesvertretertag war der erste Vertretertag, der vom 13. bis 14. Oktober 2010 in der Bundeshauptstadt Berlin stattfand. Wolfram *Kamm* wurde erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt.
- Grundsätzliche dienst- und beamtenrechtliche Entscheidungen
  - Kein Streikrecht für Beamte;
  - Erste Verordnung zur Änderung der Bundeslaufbahnverordnung (BLV) vom 20. Februar 2013.
- Besoldung, Versorgung, besoldungsrechtliche Sondergebiete
  - Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen im Bund 2010/2011 (BBVAnpG 2010/2011) vom 19. November 2010;

Der VBB-Bundesvorsitzende und der Parlamentarische Staatssekretär, Dr. Ralf Brauksiepe, MdB, treffen sich zu einem ersten Gespräch über die Zukunft der HIL.

Hoher Besuch in der Baumschulallee: Zu einem intensiven Meinungsaustausch konnten im Juni 2011 der Bundesvorsitzende Wolfram Kamm sowie die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Rula Strehl, Gerhard Burmeister und Jürgen Mangerich die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Frau Dr. h.c. Susanne Kastner, MdB, begrüßen.

– Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2012/2013 (BBVAnpG 2012/2013) vom 15. August 2012;
– Wiedergewährung der Sonderzahlung vom 20. Dezember 2011;
– Fachkräftegewinnung im Bund und Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften vom 15. März 2012;
– Bundeswehrreform-Begleitgesetz vom 21. Juli 2012.

› Neuausrichtung der Bundeswehr
– Bericht der Strukturkommission mit dem Titel „Vom Einsatz her denken – Konzentration, Flexibilität, Effizienz“;
– Verteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière legt mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien die sicherheitspolitische Grundlage für die Reform der Bundeswehr fest, die seither als Neuausrichtung bezeichnet wird;
– Aussetzung der Pflicht zur Ableistung des Wehrdienstes;
– Verfassungsrechtliches Gutachten;
– Präsentation der Forsa-Umfrage zur Bundeswehrreform im Rahmen einer Pressekonferenz in Berlin im Jahre 2013.
– „Dresdner Erlass“, der Generalinspekteur wird trup-

dbb Bundesvorsitzender Peter Heesen, Bundesminister der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, VAB-Bundesvorsitzender Herbert Schug und VBB-Bundesvorsitzender Wolfram Kamm (von links).

© Friedhelm Windmüller

Podiumsdiskussion anlässlich der Fachtagung „Auswirkungen der Bundeswehrreform auf Streitkräfte und Verwaltung“: Wolfram Kamm, Ernst Beck, MdB, Elke Hoff, MdB, Rolf Clement, Katja Keul, MdB, Rainer Arnold, MdB, Herbert Schug (von links).

© VBB Archiv (4)

Gespräch des Bundesvorsitzenden Wolfram Kamm mit der Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. Ursula von der Leyen, MdB.

pendienstlicher Vorgesetzter aller Soldaten.

› Binnenarbeitsmarkt der Bundeswehr
– Die demografische Entwicklung zwingt auch die Bundeswehr, sich auf die Herausforderungen im Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchskräfte vorzubereiten;
– Der bundeswehrgemeinsame Personalkörper – unter anderem mit einer stärkeren Verzahnung des zivilen und militärischen Personalkörpers – ist Chance und Herausforderung zugleich, die vorhandenen Potenziale von zivilen Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern, Soldatinnen und Soldaten auch statusübergreifend besser zu nutzen, das vorhandene Personal noch zielgerichteter an

Protestaktion gegen die Bundeswehrreform.

den Arbeitgeber Bundeswehr zu binden und den Bundeswehrangehörigen verstärkt planbare und vielfältige Perspektiven zu bieten
– Unter dem Begriff Binnenarbeitsmarkt Bundeswehr (BiAMBw) sind Maßnahmen und Verfahren des Personalmanagements der Bundeswehr zusammengefasst, die sich an alle Bundeswehrangehörigen richten und unmittelbar der personellen Bedarfsdeckung dienen;
– Der Erfolg eines Binnenarbeitsmarktes Bundeswehr hängt maßgeblich davon ab, ob und inwieweit es gelingt, die Aus-, Fort- und Weiterbildung und die berufliche Entwicklung der Soldatinnen und Soldaten sowie der zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Erwerb der für einen Status- beziehungsweise Laufbahnwechsel erforderlichen bedarfs-/verwendungsbezogenen Voraussetzungen auszurichten.
– Zur bundeswehrgemeinsamen Nutzung der in einer Statusgruppe erworbenen Befähigungen, Kenntnisse und Erfahrungen, die auch das Ziel haben, eine Flexibilisierung von Statusgruppen- und Laufbahnwechseln zu ermöglichen, kann es erforderlich werden, eine Änderung der einschlägigen beamten- und soldatenrechtlichen Gesetze sowie Rechtsverordnungen zu initiieren.

› Personalratswahlen
– Der VBB ist weiterhin der „Marktführer“ in der Interessenvertretung der Beamtinnen und Beamten. Der VBB stellte von 2012 bis 2014 den Vorsitzenden des Hauptpersonalrates beim BMVg. Kollege Gerhard Burmeister trat im Mai 2014 aufgrund einer getroffenen Vereinbarung zurück, war aber Ersten Stellvertretender Vorsitzender und Gruppensprecher der Beamten.

Erstes Gespräch des VBB-Bundesvorsitzenden mit dem neuen beamteten Staatssekretär Gerd Hoofe mit den Themenschwerpunkten Attraktivität und Binnenarbeitsmarkt.

© dbb/ Jan Brenner

Präsentation der Forsa-Umfrage.

2014 bis 2016 – Zivilpersonal in der Bundeswehr – Licht und Schatten

© VBB Archiv

Anlässlich der Frühjahrssitzung 2014 des VBB-Bundesvorstandes unterrichtete der Präsident des Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr, Herr Georg Stuke, das Gremium über die Personallage, die Probleme in der Zukunft hinsichtlich der Personalgewinnung, die Notwendigkeit des Binnenmarktes und den Aufbau des Bundesamtes.

› Der XV. Bundesvertretertag fand am 8. und 9. Oktober 2014 in Berlin statt. Wolfram Kamm wurde in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt.

› Rüstungsprojekte im Blickpunkt
– Staatssekretär Beemelmans und der Abteilungsleiter AIN, Detlef Selhausen, wurden mit sofortiger Wirkung von ihren Ämtern entbunden;
– Risikoanalyse der zentralen Rüstungsprojekte;
– Viele Großprojekte halten weder Zeit- noch Finanzrahmen ein. Vor diesem Hintergrund hat auch das Vertrauen von Parlament und Öffentlichkeit in unsere Fähigkeit, Rüstungsprojekte zielsicher aufzusetzen und professionell zu begleiten, aber auch fähigkeitsorientiert transparent und effizient umzusetzen, Schaden genommen.

› Agenda Attraktivität
– Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, den Aspekten der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Bundeswehr eine hohe Priorität einzuräumen.

› Sozialdemokraten fordern Nachsteuerung der Bundeswehrreform

© Marco Urban

XV. VBB-Bundesvertretertag: Festakt am 9. Oktober 2014.

– Finanzen – Innerhalb des Verteidigungsetats müssen Umschichtungen vorgenommen werden;
– Verbesserung der Strukturen;
– Nachsteuerung bei den Standorten.

› Agenda „Bundeswehr in Führung – Aktiv.Attraktiv.Anders."
– Führungs- und Organisationsstruktur;
– Potenziale mobilisieren;
– Balance Familie und Dienst;
– Arbeitszeitautonomie;
– Karrierepfade;
– Gesundes Arbeiten;
– Moderne Unterkünfte;
– Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft.

© VBB Archiv (2)

› Der Parlamentarische Staatssekretär Markus Grübel, MdB, besucht den VBB in Bonn.

› Bundeswehrfeuerwehr – mal wieder im Blickpunkt.

› VBB bei Anhörung vor dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
– Gesetz zur Steigerung der Attraktivität in der Bundeswehr beschlossen – für Beamtinnen und Beamte ist dieses Gesetz eine Farce!

› VBB bei der Auftaktveranstaltung WEISSBUCH 2016 am 17. Februar 2015 in Berlin vertreten.

› Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen zeichnet Gerhard Burmeister mit dem Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold aus.

› VBB gibt Stellungnahme in Sachen 7. Besoldungsänderungsgesetz ab
– Aufnahme der Streichung des § 26 BBesG (Stellenobergrenzen) in das 7. BesÄndG;
– Gleiche Anerkennung von Qualifizierungszeiten wie Berufsausbildung und Studium für die Beamtinnen und Beamten, die nunmehr den Soldatinnen und Soldaten zugestanden werden;
– Erweiterung der Tatbestandsvoraussetzungen für den Anspruch auf die Stellenzulage Fernmelde- und Elektronische Aufklärung auch für die Kolleginnen und Kollegen der Akustischen Aufklärung;
– Allgemein gültige Regelung zur Abgeltung von Bereitschaftsdienst;
– Erhöhung der Bundeswehrfeuerwehr-Zulage;
– Beibehaltung der Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes (§ 46 BBesG).

› Zivile Karriere in der Bundeswehr in der Zukunft noch attraktiv?
– Zu diesem wichtigen Thema hatten die Abgeordneten Rainer Arnold und Thomas Hitschler in ihrer Funktion als verteidigungspolitische Sprecher und Berichterstatter für den Einzelplan 14 der SPD-Bundestagsfraktion zu einer Diskussionsrunde eingeladen. Schwerpunkte liegen auf dem Handlungsbedarf zur Attraktivität bei Arbeitnehmern und Beamten sowie auf mögliche Verschlechterungen der Beteiligungsrechte für das Zivilpersonal im Rahmen der Veränderung des Soldatenbeteiligungsgesetzes.

› Personalratswahl 2016 – VBB-Listenführer treffen sich in Bonn.

Erstes Gespräch des VBB-Bundesvorsitzenden mit dem Abteilungsleiter Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung, Herrn Generalleutnant Benedikt Zimmer.

© VBB Archiv (3)

VBB-Bundesvorsitzender im Gespräch mit dem Beauftragten WEISSBUCH im BMVg, Brigadegeneral Carsten Breuer.

Der VBB-Bundesvorsitzende im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich, MdB.

› Arbeitgeber Bundeswehr – richtig aufgestellt für die Zukunft?

› Zielbild Rüstungsmanagement vorgestellt
– Nach der Bestandsaufnahme und der darauf gründenden Agenda Rüstung folgt ein strukturierter Dialog der Staatssekretärin Rüstung mit dem Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Aus der Perspektive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist der Glaubwürdigkeit eine Schlüsselfunktion beizumessen. Dabei ist es aus Sicht des VB besonders hilfreich, wenn die Unterschiede zwischen einer Unternehmenskultur und einer Behördenkultur erkannt und berücksichtigt werden.

› Novellierung Soldatenbeteiligungsgesetz (SBG) – Referentenentwurf sieht vom VBB geforderte Beibehaltung der Drittelerhöhung vor
– Der VBB hat es mit guten und nachvollziehbaren Argumenten erreicht, dass in dem überarbeiteten Referentenentwurf die sogenannte Drittelerhöhung nicht angetastet wird. Die Interessen der zivilen Beschäftigten bleiben damit gewahrt.

› Durchlässigkeit der Laufbahngruppen bleibt erhalten – Erfolg für den VBB;
– VBB begrüßt, dass nach Abschluss der Ressortverhandlungen der Praxisaufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst erhalten wird;
– Dass gerade der Praxisaufstieg für den mittleren Dienst weiter erhalten werden soll, ist auch der nachhaltigen Verbandspolitik des VBB zu verdanken.

› Informationsveranstaltung zur Organisationsanalyse BMVg

› Staatssekretär missbilligt Interview mit dem Deutschen BundeswehrVerband; die zeitliche Nähe zu den anstehenden Personalratswahlen sei nicht akzeptabel. Der VBB hat darüber hinaus eine Gleichbehandlung noch rechtzeitig vor den Personalratswahlen eingefordert.

› VBB nimmt am Fachgespräch mit dem Bundesinnenministerium (BMI) teil. Es kommt Bewegung in die Debatte um die wöchentliche Arbeitszeit der Bundesbeamten.

› – Personalratswahlen 2016 – Daten und Fakten
– Hauptpersonalrat – Beamte: 6 Sitze VBB, 1 Sitz ver.di, 1 Sitz DBwV, 1 Sitz GÖD.

– Bei den vier zu wählenden Personalräten im Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr – Bezirkspersonalrat (BPR), Gesamtpersonalrat (GPR) und örtliche Personalräte (ÖPR) in Köln und St. Augustin – stellt der VBB den Vorsitzenden im BPR, GPR und im örtlichen Personalrat in St. Augustin. ■

Ehrenvorsitzende des VBB

Lothar Beer †
Thorolf Schulte

Ehrenmitglieder des VBB

Kaus-Jürgen Achterberg
Ulrich Behnel †
Gerhard Burmeister
Wolfhard Engler
Jürgen Essig
Heinrich Frahm †
Helmut Franke
Ortwin Hellwig †
Baldur Jacubus †
Herbert Jordan †
Martin Kammler
Werner Karrasch †
Heinz Knoke †
Dr. Georg Kreuzer †
Horst Krause
Dr. Albert Klas †
Wolfgang Müller
Hanspeter Oelmeier
Johann Paulsen
Wolfgang Reusch
Friedrich Riebel
Dr. Joachim Sack †
Jürgen Saueressig
Wolfgang Schlink †
Franz Schmatz †
Karl Helmut Schnell †
Egon Storz
Hans Spieß †
Walter Trottier †
Wilhelm Trottenberg †
Erich Westhäuser †

Blutspenden heißt Leben retten

Der Blutspendedienst Bw führt seit über 50 Jahren in den Liegenschaften der Bundeswehr Blutspendetermine durch.

Als zusätzlicher Service wird bei den meisten angebotenen Terminen kostenlos die Möglichkeit angeboten, sich in die international vernetzte Stammzellspender-datei der Stefan-Morsch-Stiftung aufnehmen zu lassen. Dabei handelt es sich um eine durch den Inspekteur des Sanitätsdienstes genehmigte Kooperation.

Spenden Sie Blut für lebensbedrohlich erkrankte Kameradinnen und Kameraden in den Einsatzlazaretten des Auslands und in den Bw-Krankenhäusern! Darüber hinaus werden auf Anfrage auch zivile Krankenhäuser in ganz Deutschland mit Blut versorgt.

Kontakt: ZInstSanBw Koblenz-Laborabteilung V/Blutspendedienst
Telefon: 0261/896-77504

Kurzfristige Terminänderungen werden im intranet Bw veröffentlicht:
http://Fachinfo.ZSan/Blutspende

Blutspendetermine im November/Dezember 2016

Datum	Zeit	Kaserne oder Straße	PLZ, Ort
15.11.2016	11.00–15.00 u. 16.00–18.00	Helmut-Schmidt-Universität	22043 Hamburg
16.11.2016	09.30–12.00 u. 13.00–16.00	Helmut-Schmidt-Universität	22043 Hamburg
17.11.2016	08.15–12.00 u. 13.00–15.00	BwKrHs	22049 Hamburg
23.11.2016	08.15–12.00 u. 13.00–15.00	Rommel-Kaserne	89160 Dornstadt
24.11.2016	08.15–12.00 u. 13.00–16.00	Kurt-Georg-Kiesinger-Kaserne	88471 Laupheim
29.11.2016	10.00–12.00 u. 13.00–16.00	Konrad-Adenauer-Kaserne	50968 Köln-Raderthal
30.11.2016	10.00–12.00 u. 13.00–14.30	Konrad-Adenauer-Kaserne	50968 Köln-Raderthal
01.12.2016	09.30–12.00 u. 13.00–16.00	Heinrich-Hertz-Kaserne	54550 Daun
06.12.2016	09.00–12.00 u. 13.00–15.00	BAAINBw	56073 Koblenz
08.12.2016	09.30–12.00 u. 13.00–15.00	Oberst-Hauschild-Kaserne	56727 Mayen
13.12.2016	10.00–12.00 u. 13.00–16.00	Luftwaffen-Kaserne	51147 Köln-Wahn
14.12.2016	10.00–12.00 u. 13.00–16.00	Luftwaffen-Kaserne	51147 Köln-Wahn
15.12.2016	10.00–12.00 u. 13.00–15.00	Luftwaffen-Kaserne	51147 Köln-Wahn